

CHRISTOPH BOYER

DAS DEUTSCHE REICH UND DIE  
TSCHECHOSLOWAKEI IM ZEICHEN DER  
WELTWIRTSCHAFTSKRISE

I.

Im Zeichen aufgeputschter nationaler Leidenschaften begannen am 23. September 1930, als die Nationalsozialisten im Reich gerade einen überwältigenden Wahlerfolg errungen hatten, vor zwei Prager Kinos Demonstrationen gegen die Vorführung deutscher Filme. Eine Folge dieser Kampagne, die in den nächsten Tagen mit der Stürmung und Besetzung weiterer Kinos ihre Fortsetzung fand und als „Prager Tonfilm-Krawall“ in die Geschichte eingegangen ist, war eine lautstarke Boykottbewegung, die die „Unterdrückung der deutschen Minderheit in der ČSR“ als Vorwand für eine Mobilisierung des deutschen Verbrauchers gegen Waren aus dem Nachbarland sowie für eine – in der Wirtschaftskrise ausgesprochen gelegene – Stornierung von Bestellungen bei tschechoslowakischen Geschäftspartnern nutzte<sup>1</sup>. Mit diesem Wirtschaftskampf in mancher Hinsicht vergleichbar ist der seit etwa Mitte der zwanziger Jahre durch publizistische Kampagnen gegen den „Vormarsch des Tschechentums“ im Reich, mit Gerichtsverfahren und dem Aufruf zur Kaufverweigerung geführte Feldzug der deutschen Schuhwirtschaft gegen den tschechoslowakischen „Schuhkönig“ Tomáš Baťa. In beiden Fällen wurde ein als politisch deklariertes, eigentlich aber ökonomisch motivierter Boykott, ein Appell, den Kauf bestimmter Waren einzustellen bzw. Geschäftsbeziehungen zu verweigern oder rückgängig zu machen<sup>2</sup>, gegen die Konkurrenz aus dem Nachbarland in Szene gesetzt.

Soweit die Forschung sich der Prager Krawalle angenommen hat<sup>3</sup>, hat sie den Boykott in erster Linie im Kontext der bilateralen politischen Beziehungen, insbesondere als Folgeerscheinung der hinter der „glatten diplomatischen Fassade“<sup>4</sup> ver-

<sup>1</sup> Vgl. Jaworski, Rudolf, *Vorposten oder Minderheit*, Stuttgart 1977, S. 152 ff.; Brügel, Johann Wolfgang, *Tschechen und Deutsche*, Bd. 1: 1918–1938, München 1967, S. 219 f.; Campbell, F. Gregory, *Confrontation in Central Europe*, Chicago/London 1975, S. 217 ff.

<sup>2</sup> Zum Begriff des Boykotts vgl. Boelcke, Willi A., Artikel „Wirtschaftskriege“, in: *Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft*, Bd. 9, Stuttgart 1982, S. 119–130, bes. S. 125; Michels, Roberto, *Il Boicottaggio*, Turin 1934, S. 12 ff. Zur Klassifizierung der verschiedenen Arten des Boykotts vgl. Michels, *Boicottaggio*, S. 19 ff., 37 ff.

<sup>3</sup> Wie Anm. 1.

<sup>4</sup> Jaworski, *Vorposten*, passim, bes. S. 12.

borgenen, zumindest untergründig jedoch immer virulenten Minderheitenproblematik thematisiert. Hier werden die Schwerpunkte anders gesetzt: Da nicht nur die Intensität der mobilisierten Leidenschaften und die Disziplin bzw. Solidarität der Boykottanten, sondern ebenso sehr „objektive“ ökonomische Gesichtspunkte wie der Charakter der boykottierten Waren, die Möglichkeit ihrer Substitution, die Dringlichkeit der Nachfrage, die Durchschlagskraft von Retorsionsdrohungen und deren potentielle Konsequenzen für ein meist vergleichsweise breites Spektrum ökonomischer Interessen den Verlauf eines Wirtschaftskampfes charakterisieren und über seinen Erfolg entscheiden<sup>5</sup>, ist die Analyse der eingangs skizzierten Fälle geeignet, das gesamte Geflecht der Abhängigkeiten zwischen dem Reich und der Tschechoslowakei auf dem Gebiet des Handels und der Wirtschaft ebenso wie die krisenhaften Störungen dieses Beziehungsgefüges Ende der zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre zu beleuchten. Daß allerdings auch diese wirtschaftsgeschichtliche Perspektive des „politischen Faktors“ keineswegs entfallen kann, wird im folgenden unmittelbar deutlich.

Zunächst einmal sticht in diesem Zusammenhang ins Auge, daß aufsehenerregende Fälle des Boykotts tschechoslowakischer Importe im Reich nicht vor Ende der zwanziger Jahre zu verzeichnen waren. Nun hatte dies sicherlich auch damit zu tun, daß im ersten Nachkriegsjahrzehnt die Intensität „des ‚Volkstumskampfes‘ in der Tschechoslowakei“ mit der etwa in Polen nicht zu vergleichen war und die offizielle Außenpolitik des Reichs sich bei der Unterstützung der deutschen Minderheit in der ČSR merklich zurückhielt; zusätzlich wirkte dämpfend, daß seit dem Herbst 1926 die Deutschen im Zeichen einer „aktivistischen“, d. h. prinzipiell staatsloyalen und kooperativen Haltung in Prag an der Regierung beteiligt waren. Eine wesentliche Rolle spielte daneben aber auch, daß ein außerordentlich engmaschiges Netz wirtschaftlicher Verflechtungen zwischen beiden Ländern existierte, welches – und dies galt für beide Seiten – nicht ohne erhebliche Risiken zu zerreißen war. Die propagandistische Instrumentalisierung des „Volkstumskampfes“ „griff“ bezeichnenderweise erst, als im Vorfeld bzw. im Verlauf der Weltwirtschaftskrise die bilateralen ökonomischen Beziehungen mehr und mehr mit Problemen überfrachtet wurden. Die Ausschaltung von Konkurrenz mittels Boykott war die extremste Erscheinungsform einer augenfälligen Zerrüttung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern; sie ist zu verorten im Rahmen des allgemeinen, krisenbedingten Niedergangs des Freihandels. Die von den Regierungen Müller und Brüning initiierte zollpolitische Aufrüstung führte zum Zerfall des erst in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre entstandenen, vergleichsweise liberalen Handelsvertragssystems der Weimarer Republik. Daß gegenüber der Tschechoslowakei solche Abschottungstendenzen politisch bemäntelt werden konnten, ist ein Indikator für die zur selben Zeit sich radikalisierende nationalitätenpolitische Auseinandersetzung<sup>6</sup>.

<sup>5</sup> Michels, *Boicottaggio*, S. 47 ff.

<sup>6</sup> Vgl. zum Hintergrund Gessner, Dieter, *Agrarprotektionismus und Welthandelskrise 1929/32*, in: *Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie* 26 (1978), S. 161–187.

Nun war der Niedergang des Freihandels natürlich eine die Zeit der Weltwirtschaftskrise allgemein prägende Erscheinung; die beiden Boykottfälle verweisen darüber hinaus auf Spezifika der Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem Reich, einem hochentwickelten Industriestaat, und der Tschechoslowakei, einem Agrar-Industriestaat von mittlerem Entwicklungsniveau: Nicht zufällig am schwersten betroffen waren im Anschluß an die Prager Krawalle bestimmte Agrarprodukte bzw. solche der Nahrungsmittelindustrie, die in der Ausfuhr der ČSR nach Deutschland eine prominente Stellung einnahmen. Hier hatte der in der Krise sich verschärfende deutsche Agrarprotektionismus bereits vor dem Herbst 1930 eine Auseinandersetzung ausgelöst. Ebensovienig zufällig war, daß, im Fall Bat'a, gerade die Massenkonsumgüterproduktion von vergleichsweise niedrigem technologischem Niveau, die einen wesentlichen Anteil an den Exporten ins Reich ausmachte, in Mitleidenschaft gezogen wurde. Daß trotz allem der Boykott sich auf einige wenige Branchen beschränkte und überdies einen nur mäßigen – zum großen Teil ohnehin dem allgemeinen, krisenbedingten Nachfragerückgang zuzurechnenden – Erfolg hatte, ist ein Indiz dafür, daß gegenläufige Kräfte auf eine Dämpfung des Konflikts hinwirkten; wiederum nicht zufällig handelte es sich hierbei auf deutscher Seite um die Interessen der „modernen“ Industrien, insbesondere der Elektrotechnik, des Maschinenbaus und der Chemie. Dieser Umstand erklärt sich daraus, daß, angesichts des generellen Modernitätsgefälles zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei, gerade diese Branchen hohe Einsätze beim südöstlichen Nachbarn zu verteidigen hatten. Im Tonfilm-Boykott entfaltete das Bewußtsein des bestehenden, empfindlichen Gleichgewichts allerdings stärkere Wirkmacht als gegenüber Bat'a, der seinerseits nicht zögerte, gegen die deutsche Konkurrenz rigoros in die Offensive zu gehen. Zu einer Eindämmung des Konflikts trug – ein weiteres Spezifikum der deutsch-tschechoslowakischen Wirtschaftsbeziehungen – auch sein minderheitenpolitisches Ingrediens bei: Lieferte dieses einerseits die rhetorischen Waffen im Wirtschaftskampf, so verhinderte andererseits – wenn auch nicht gegenüber dem tschechischen Unternehmer Bat'a, so doch im Fall des Tonfilm-Boykotts – die Rücksichtnahme der offiziellen Politik des Reiches und der Spitzen der Verbände auf die mit der reichsdeutschen Wirtschaft durch Handel und Finanzen eng verflochtene Wirtschaft der deutschen Volksgruppe in der ČSR eine Eskalation. Spiegelbildlich hierzu war es das in den industriellen Kreisen der ČSR, nicht zuletzt in der exportorientierten Wirtschaft der deutschen Minderheit, lebendige Bewußtsein von der Symbiose mit dem Reich, das einen Gegenboykott im Zaum zu halten wußte.

Boten in der Weimarer Zeit sowohl die Wirtschaft als auch die Politik durchaus Anlaß für Konflikte zwischen den Nachbarn, so war, verglichen mit der Zeit nach 1933, das bilaterale Verhältnis auf beiden Seiten also doch durch eine vergleichsweise Mäßigung gekennzeichnet: Wenn die deutsche Wirtschaft auch Kapital aus der „asymmetrischen Verflechtung“ und den hieraus erwachsenden Druckmitteln zu schlagen suchte, so war sie doch nicht an einer Unterjochung des Nachbarn und einer Vernichtung seiner wirtschaftlichen Existenz interessiert, ebensowenig wie der „Volkstumskampf“ auf eine Destabilisierung der ČSR mittels der „fünften Kolonne“

der deutschen Minderheit abzielte. Erst mit der Machtergreifung änderte sich dies: Weit rigoroser als vor 1933 stellte das Reich die Wirtschaftsbeziehungen zur ČSR unter den Imperativ seiner eigenen, durch die Autarkiepolitik definierten Bedürfnisse. Die überproportional hohe Arbeitslosigkeit der deutschen Volksgruppe, Folge der Abdrosselung des bilateralen Handels, betrachtete das nationalsozialistische Regime als *quantité négligeable*, bzw. sogar als einen günstigen Umstand, der einer politischen Indienstnahme des „Sudetenproblems“ Vorschub leistete. Angesichts der geänderten Großwetterlage wandelten sich nach 1933 auch Charakter und Stellenwert des Wirtschaftskampfs: Der genuin politische Beweggrund, den Kontrahenten durch den Einsatz ökonomischer Waffen politisch zu schwächen, trat nun in den Vordergrund. Der „Anschluß“, der die ČSR territorial weitgehend einsäumte, erweiterte noch einmal die Handhaben des Reichs, handelspolitischen Druck auf den Nachbarn auszuüben; „München“ bedeutete dann den Zugriff mit dem Mittel direkter, brachialer Gewalt. Begann damit auch eine qualitativ neue Phase der Beziehungen, so hatte sich der Übergang von einer friedlich-kooperativen zu einer Konfliktbeziehung doch bereits in den letzten Weimarer Jahren in der mangelnden Bereitschaft des Reiches zur handelspolitischen Zusammenarbeit und einer gewissen Rigorosität bei der Durchsetzung der eigenen Interessen angedeutet.

Die vorliegende Untersuchung, die einen Knotenpunkt der ökonomischen Verflechtungen zwischen dem Reich und der Ersten Tschechoslowakischen Republik thematisiert, ist die Pilotstudie zu einem vom Institut für Zeitgeschichte ins Auge gefaßten umfangreichen Forschungsprojekt zum Thema der deutsch-tschechoslowakischen Wirtschaftsbeziehungen in der Zwischenkriegszeit. Für dieses Vorhaben hat die demokratische Revolution im Nachbarland äußerst günstige Voraussetzungen geschaffen: Nachdem im Zuge der politischen Umwälzungen der letzten Jahre die Archive der ČSFR für ausländische Benutzer geöffnet worden sind, konnten – abgesehen von den deutschen Ministerialakten im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn und im Bundesarchiv, Abteilung Koblenz bzw. Potsdam – auch die einschlägigen Materialien aus Prager Archiven, in erster Linie die Akten der handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes der ČSR im Archiv des Prager Außenministeriums ausgewertet werden; ergänzend herangezogen wurden die Bestände des Staatlichen Zentralarchivs in Prag. Diese Materialgrundlage gewährleistet die bei der Analyse zwischenstaatlicher Beziehungen unerläßliche Doppelperspektive.

## II.

Daß bis in die späten zwanziger Jahre im Reich Boykottbestrebungen gegen tschechoslowakische Waren nur in Ausnahmefällen zu verzeichnen waren, ebenso wie auf der anderen Seite die gegen die reichs- wie die sudetendeutsche Wirtschaft in der ČSR gerichteten nationalpolitischen Abwehrmaßnahmen einen bescheidenen Rahmen nicht überschritten, hing wesentlich mit der engen ökonomischen Verflech-

tung beider Länder zusammen. War aufgrund des Größenunterschieds der beiden Volkswirtschaften die Tschechoslowakei auch stärker auf das Reich angewiesen als umgekehrt, so hätte eine Drosselung des Handels doch auch deutsche Interessen empfindlich beeinträchtigt, wie die folgende Skizze der Abhängigkeitsbeziehungen zeigt.

Generell war die tschechoslowakische Volkswirtschaft stark exportorientiert: Die ČSR erbt ein Viertel der Bevölkerung der Donaumonarchie, jedoch an die 80 Prozent, in einigen Branchen wie der Textilproduktion sogar bis zu 90 Prozent ihres Industriepotentials<sup>7</sup>; Folge der beschränkten Aufnahmefähigkeit des Binnenmarkts war daß, im Durchschnitt aller Branchen nach 1918 30–40 Prozent der Industrieproduktion – in der Metallindustrie über 50, in der Textil- und der Glasindustrie deutlich über 70 Prozent – ausgeführt werden mußten<sup>8</sup>. Weniger der Umstand, daß kleine Volkswirtschaften generell eine vergleichsweise hohe Exportquote aufweisen, sondern die aus der Aufteilung des Habsburgerreiches nach politischen Gesichtspunkten resultierenden Disproportionen waren die Ursache dafür, daß die ČSR sich mit ihrer industriellen Produktion, die vor 1918 zu 60 Prozent innerhalb der Monarchie abgesetzt worden war, zum großen Teil auf den Export verwiesen sah<sup>9</sup>.

Was die qualitative Zusammensetzung der tschechoslowakischen Exporte ins Reich in den zwanziger Jahren anlangt, so waren hier insbesondere agrarische Produkte bzw. solche der Agrarindustrie (Malz, Hopfen, Bier) von Bedeutung; wichtige Posten der Ausfuhrstatistik stellten auch Industrierohstoffe und Zwischenprodukte wie Holz, Kohle und Eisen, Mineralien, Steine und Erden dar. Der tschechoslowakische Fertigwarenexport ins Nachbarland stieg angesichts der Paralyse der deutschen Industrie während der Ruhrbesetzung kurzzeitig zwar steil an, nach der Konsolidierung der deutschen Wirtschaft in der Folge der Währungsstabilisierung machten Fertigwaren aber schon 1926 nur mehr 20 Prozent der Gesamtausfuhr der ČSR ins Reich aus; das Schwergewicht lag hier bei einfachen Massengütern wie Textilien und Schuhen<sup>10</sup>.

Schuf die tschechoslowakische Exportstruktur, die das Entwicklungsgefälle zwischen beiden Ländern spiegelte, Abhängigkeiten in bestimmten Wirtschaftssektoren, so war auch auf der Importseite die ČSR auf Deutschland angewiesen; umgekehrt machte dieser Umstand die Tschechoslowakei für die deutsche Wirtschaft zu einem interessanten Markt. Erreichte die ČSR als Industrieland in weiten Bereichen der Konsum- und Investitionsgüterproduktion auch einen beachtlichen Grad der Selbstversorgung<sup>11</sup>, so bezog sie als Land von mittlerem technischem Entwicklungsniveau

<sup>7</sup> Olšovský, Rudolf, *Světový obchod a Československo, 1918–1938*, Prag 1961, S. 127. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn (künftig PA)-IIb, Wirtschaft 6, Tschechoslowakei, Bd. 1, Bericht der Gesandtschaft Prag vom 7. Januar 1927.

<sup>8</sup> Teichova, Alice, *Wirtschaftsgeschichte der Tschechoslowakei*, Wien 1988, S. 23; Olšovský, Světoý obchod, S. 119, S. 124 und S. 127.

<sup>9</sup> PA-IIb, Wirtschaft 6, Tschechoslowakei, Bd. 1, Bericht der Gesandtschaft Prag vom 7. Januar 1927.

<sup>10</sup> Ebenda.

<sup>11</sup> Ebenda.

fortgeschrittene oder Spitzenprodukte etwa des Apparatebaus, der Elektrotechnik oder der Chemie doch meist aus dem Ausland, in erster Linie aus dem Reich. Die wesentliche Bedeutung des tschechoslowakischen Marktes für die deutsche Industrie lag deshalb auch in erster Linie auf dem Gebiet der Spezialmaschinen aller Art. Mitte der zwanziger Jahre nahm der deutsche Maschinenbau mit annähernd 50 Prozent aller Einfuhren eine unangefochtene Spitzenstellung auf dem tschechoslowakischen Markt ein; wurden Maschinen durchaus auch in die umgekehrte Richtung exportiert, so war die Handelsbilanz der ČSR hier doch deutlich passiv. Ähnlich stark war die Stellung der chemischen und der pharmazeutischen Industrie, denn 75 Prozent aller Chemikalien, Farben und Arzneimittel wurden aus dem Reich eingeführt. Daß sich, wie Karl Janovsky, der Sekretär des Deutschen Hauptverbandes der Industrie in der ČSR, 1929 feststellte, eine Abschneidung der Einfuhren aus Deutschland lähmend auf die gesamte tschechoslowakische Wirtschaft auswirken würde<sup>12</sup>, war bereits Anfang der Dekade schlaglichtartig deutlich geworden, als die Frage der Teilnahme der ČSR an den gegen Deutschland gerichteten Sanktionen aufgeworfen wurde und die Industrie eindringlich vor einer Unterbindung der Handelsbeziehungen gewarnt hatte: Sowohl seine geographische Nähe als auch die Qualität seiner Produkte machten das Reich unentbehrlich; als Ersatz für deutsche Importe kam der Westen kaum in Betracht<sup>13</sup>.

Im Ergebnis läßt sich festhalten, daß die Handelsbeziehungen zwischen dem Reich und der ČSR – im Gegensatz etwa zu denen beider Staaten mit den Ländern des europäischen Südostens – die für die ökonomische Verflechtung zwischen industriell entwickelten Ländern charakteristischen Züge aufwiesen, denn der Warenaustausch umfaßte, vernachlässigt man die qualitativen Details der Zusammensetzung, in beiden Richtungen neben Rohstoffen auch Halbfertig- bzw. Fertigwaren. Die kardinale Bedeutung Deutschlands für die ČSR wird darin deutlich, daß zwischen 1919 und 1926 die tschechoslowakischen Importe aus dem Reich, gemessen am Wert, im Schnitt 27,5 Prozent aller Einfuhren der ČSR betrug. Die Exporte nach Deutschland machten, ebenfalls gemessen am Wert, im selben Zeitraum im Durchschnitt 18,3 Prozent ihrer Ausfuhr aus<sup>14</sup>. Trotz einer latent deutschfeindlichen Stimmung stand das Reich dem Wert wie auch der Menge nach zwischen 1920 und 1926 in der Liste der Außenhandelspartner der Tschechoslowakei im allgemeinen an der

<sup>12</sup> PA-IIb, Wirtschaft 1, Tschechoslowakei, Bd. 3, Bericht der Gesandtschaft Prag vom 28. Februar 1927. Bundesarchiv, Abteilung Potsdam (künftig BA-P), Reichswirtschaftsministerium (künftig RMWi) 2896, Gesandtschaft Prag an Auswärtiges Amt am 28. Februar 1929. Stellungnahme Janovskys, wiedergegeben in der Deutschen Tageszeitung vom 7. Dezember 1930.

<sup>13</sup> Státní Ústřední Archiv (Staatliches Zentralarchiv der ČSFR, Prag, künftig SÚA), Ústřední svaz československého průmyslu (Zentralverband der tschechoslowakischen Industrie, künftig USČP), krabice (Archivkarton, künftig kr.) 5, Stellungnahme des Zentralverbands der tschechoslowakischen Industrie, undatiert (etwa 1921). Ebenda, Stellungnahme des Deutschen Hauptverbands der Industrie vom 2. Mai 1921. Im Detail demonstriert am Beispiel einzelner Firmen und deren Abhängigkeit von deutschen Lieferungen. Vgl. etwa SÚA, USČP, kr. 5, Stellungnahme der Bleisigfabrik Koh-i-noor vom 30. April 1921.

<sup>14</sup> PA-IIb, Wirtschaft 6, Tschechoslowakei, Bd. 1, Bericht der Gesandtschaft Prag vom 7. Januar 1927.

Spitze, aber auch umgekehrt war für wichtige Branchen der deutschen Wirtschaft der Export in die Tschechoslowakei eine keineswegs zu vernachlässigende Größe. Eine von der offiziellen tschechoslowakischen Außenpolitik angestrebte, ihrer Staatsräson entsprechende Umpolung des Handels auf die politischen Freunde der ČSR im Westen, die Siegerstaaten des Ersten Weltkriegs, zeitigte wenig Wirkung, während alle Bemühungen, die Wirtschaftsbeziehungen zum vormaligen Zentrum der Habsburger Monarchie, Wien, zu lockern, nur einer engeren Bindung an Deutschland Vorschub leisteten<sup>15</sup>. Die „Westorientierung“ konnte, wie die deutsche Gesandtschaft bereits 1927 konstatierte, „aus sachlichen Gründen“ als gescheitert gelten<sup>16</sup>.

Praktische Zwänge verwiesen die Tschechoslowakei also auf die Zusammenarbeit mit dem Reich. Schon 1919 war, einem Bericht des Deutschen Konsulats in Prag zufolge, in den interessierten Kreisen die Einsicht Allgemeingut, es sei unzumutbar, den Handelsbeziehungen zu Deutschland Hindernisse in den Weg zu legen<sup>17</sup>; gewichtige Pressestimmen wie das Industrieblatt *Národní Listy* bekundeten im Frühjahr 1920 ein dringendes Bedürfnis nach der Regelung der anstehenden handelspolitischen Fragen<sup>18</sup>. Folgerichtig war das provisorische Handelsabkommen mit Deutschland vom 29. Juni 1920 das erste, das die junge Republik abschloß<sup>19</sup>. Behielt die ČSR nach dem Abbau der kriegswirtschaftlichen Kontrollen Anfang der zwanziger Jahre ein Ein- und Ausfuhrkontrollsystem und, parallel dazu, die Kontingentierung für bestimmte Waren auch noch bei, so galt für das Reich doch prinzipiell die 1920 vereinbarte Meistbegünstigung<sup>20</sup>; nach der Wiedererlangung der außenhandelspolitischen Souveränität im Jahr 1925 war das Pendant hierzu auf deutscher Seite das Streben nach einer möglichst freizügigen und elastischen Regelung der Handelsbeziehungen, wie sie der von der Notwendigkeit des Exports industrieller Güter dominierten deutschen Außenhandelsstruktur am ehesten entsprach<sup>21</sup>.

Nun waren die Handelsbeziehungen auch vor der Weltwirtschaftskrise keineswegs konfliktfrei, wie die zahlreichen Fälle demonstrieren, in denen beide Seiten den Kontrahenten durch die Aufrichtung von Einfuhrhindernissen unter Druck zu setzen und damit seinerseits zur Beseitigung solcher Barrieren zu bewegen such-

<sup>15</sup> Ebenda. Vgl. auch PA-IIb, Wirtschaft 1, Tschechoslowakei, Bd. 3, Bericht der Gesandtschaft Prag vom 28. Februar 1927. Ein Gesamtbild der Verflechtungen bereits in PA-IIb, Handel 13, Tschechoslowakei, Bd. 4, Presseinterview mit Handelsminister Šuster, Text mitgeteilt von der Gesandtschaft Prag an Auswärtiges Amt am 24. Februar 1921.

<sup>16</sup> PA-IIb, Wirtschaft 1, Tschechoslowakei, Bd. 3, Bericht der Gesandtschaft Prag vom 26. Februar 1927.

<sup>17</sup> BA-P, RMWi 2885, Bericht des Konsulats Prag vom 5. August 1919, und Bericht des Bevollmächtigten Vertreters des Deutschen Reiches vom 18. September 1919.

<sup>18</sup> *Národní Listy* vom 21. Mai 1920.

<sup>19</sup> Wirtschaftsabkommen zwischen der Deutschen Regierung und der Tschechoslowakischen Regierung vom 29. Juni 1920, RGBl. II, S. 2240–2278. In Kraft gesetzt mit Gesetz vom 22. Dezember 1920, RGBl. II, S. 2227 f.

<sup>20</sup> PA-IIb, Wirtschaft 6, Tschechoslowakei, Bd. 1, Bericht der Gesandtschaft Prag vom 7. Januar 1927.

<sup>21</sup> Vgl. zum Hintergrund Gessner, Agrarprotektionismus, S. 162 ff.

ten<sup>22</sup>. Über das Instrumentarium der Zollpolitik bzw. der Kontingentierung hinaus wurden in solchen Fällen allem Anschein nach aber keine schärferen, insbesondere keine politischen Waffen eingesetzt. Manche Konflikte wurden auch dadurch bereinigt, daß man die Materie an die betroffenen Unternehmen bzw. Branchenverbände beider Länder delegierte, die – ein die Außenwirtschaftsbeziehungen in der Zwischenkriegszeit allgemein mehr und mehr prägender Sachverhalt – ihre Interessen auf quasi privatem Wege austarieren<sup>23</sup>. Politische, in erster Linie minderheitenpolitische Konflikte, die es, entgegen dem oberflächlichen Anschein korrekter bis freundlicher Beziehungen wohl gab<sup>24</sup>, entfalteten, abgesehen von isolierten Einzelfällen, in den zwanziger Jahren zuwenig Durchschlagskraft, um die Handelsbeziehungen zu beeinträchtigen. Daß die Handelskammer Essen 1920 ein Auskunftersuchen des tschechoslowakischen Konsulats zu Importfragen mit der Begründung zurückwies, das Schreiben sei zu einem Zeitpunkt eingetroffen, „in dem unsere Stammesgenossen, die durch den sogenannten Friedensvertrag von Versailles der Hoheit Ihres Staates unterstellt wurden, unter Duldung Ihrer Regierung den schwersten Ausschreitungen in Prag, Brünn und anderen Orten ausgesetzt waren“, war eine Ausnahme; der Preußische Minister für Handel und Gewerbe wies denn auch im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt die Kammer zurecht, in einer Zeit, in der die Auslandsvertretungen des Reichs in der ČSR den Absatz deutscher Waren intensiv zu fördern suchten, sei ihre Reaktion unverantwortlich<sup>25</sup>. Ähnliches galt für die Gegenseite, obwohl der junge Nationalstaat Tschechoslowakei die enge Außenhandelsbindung an das Reich und die starke Position des reichsdeutschen Kapitals innerhalb der eigenen Grenzen prinzipiell als unvereinbar mit seiner „slawischen Identität“ und als potentielle Gefährdung seiner politischen Autonomie betrachtete und unter denselben Vorzeichen auch die gewichtige wirtschaftliche Position der deutschen Minderheit zu schmälern gewillt war. Die in den zwanziger Jahren wellenweise immer wieder sich belebenden, gegen den Einfluß der Deutschen zielenden Pressepolemiken<sup>26</sup> und gewisse Bestrebungen, sie in der Wirtschaft

<sup>22</sup> So nahm – nur zum Beispiel – das Reich 1922 ein Einfuhrverbot der ČSR für Druckfarben zum Anlaß, seinerseits die tschechoslowakische Fensterglasproduktion vom deutschen Markt auszusperren. Vgl. Archiv federalního ministerstva zahraničních věcí (Archiv des Außenministeriums der ČSFR, künftig AFMZV), sekce (Abteilung) IV, kr. 549, Verbalnote des Auswärtigen Amtes vom 16. Februar 1922.

<sup>23</sup> Ein Beispiel ist das Abkommen zwischen dem deutschen und dem tschechoslowakischen graphischen bzw. papierverarbeitenden Gewerbe vom 13. November 1920, in dem eine tschechoslowakische Einfuhrsperre für einschlägige Erzeugnisse teilweise wieder aufgehoben wurde. Vgl. BA-P, RMWi 1658, Vermerk vom 22. November 1920.

<sup>24</sup> Vgl. Jaworski, Vorposten, passim, bes. S. 12.

<sup>25</sup> PA-IIb, Handel 11, Tschechoslowakei, Bd. 1, Handelskammer Essen an Konsulat Köln am 7. Dezember 1920; Mitteilung des Preußischen Ministers für Handel und Gewerbe an Auswärtiges Amt am 8. Februar 1921.

<sup>26</sup> Vgl. etwa BA-P, RMWi 2893, Bericht der Gesandtschaft Prag vom 10. Juni 1925. Eine Kampagne führten 1927 die *Národní Listy* (vom 16. September 1927), der *Venkov* (vom 2. August 1927) und



zu diskriminieren<sup>27</sup>, die etwa 1928 die Vossische Zeitung zu einem harschen Kommentar gegen den „geistigen und moralischen Schutzzoll“ und gegen die Mobilisierung politischer Voreingenommenheit veranlaßten<sup>28</sup>, entfaltet, insgesamt gesehen, doch zu wenig Wirkung. Sie wurden zudem durch den moderierenden Einfluß der Industrie gedämpft, die im Grundsatz zwar auch für „Nationalisierung“ plädierte, schon aus Furcht vor Vergeltung deren Forcierung jedoch ablehnte<sup>29</sup>.

### III.

Daß der auf die Tonfilmkrawalle folgende Boykott in erster Linie landwirtschaftliche Güter und die Nahrungsmittelindustrie (Hopfen, Malz und Bier) traf, hatte seinen Grund darin, daß der krisenbedingte Agrarprotektionismus des Reichs die Handelsbeziehungen auf diesem Sektor bereits seit einiger Zeit in Mitleidenschaft gezogen hatte:

Der Anteil des Pilsner am deutschen Bierverbrauch war zwar nur gering, denn von den 1929 konsumierten ca. 58 Millionen Hektolitern stammten nur weniger als 200 000 aus der Tschechoslowakei<sup>30</sup>; der Import-Exportsaldo war zudem auf diesem Gebiet für das Reich positiv. Zu denken gab aber immerhin, daß die Einfuhren von 1924 bis 1930 von ca. 144 000 auf 200 000 Hektoliter gestiegen waren<sup>31</sup>. Zudem hatten alte Feindschaften in der Branche den Boden für eine Auseinandersetzung bereitet: Schon vor dem Krieg war in der Frage, ob „Pilsner“ als Marke für die in Pilsen gebrauten Biere zu reservieren sei oder als Typenbezeichnung auch von deutschen Brauhäusern geführt werden dürfe, durch die Instanzen ein Rechtsstreit ausgefochten worden, den die böhmischen Brauereien vor dem Reichsgericht letztlich verloren hatten<sup>32</sup>. Daß eine von der deutschen Brauindustrie in der Fach- wie in der Tagespresse lancierte gehässige Propaganda dem Pilsner seine Herkunft aus dem Land, das mit dem „Erbfeind Frankreich“ im Bund stehe, vorrechnete, war bis 1928 schon mehrmals Gegenstand von Beschwerden der tschechoslowakischen Gesand-

das *České Slovo* (vom 6. und 29. August 1927). Zur Neuauflage 1928 vgl. PA, Gesandtschaft Prag AIII/8, Bd. 2, Berichte der Gesandtschaft Prag vom 26. Oktober 1928. BA-P, RMWi 2896, Bericht der Gesandtschaft Prag vom 23. Oktober 1928.

<sup>27</sup> Inwieweit es solche Tendenzen gab, ist bislang nur wenig erforscht. Die Frage nach Umfang, Motiven und Auswirkungen des „Wirtschaftskampfs“ soll in dem vom Institut für Zeitgeschichte ins Auge gefaßten Projekt genauer untersucht werden.

<sup>28</sup> Vossische Zeitung vom 28. Oktober 1928.

<sup>29</sup> Berliner Tageblatt vom 24. Oktober 1928. Vossische Zeitung vom 25. Oktober 1928.

<sup>30</sup> AFMZV, sekce 4, kr. 551, Gesandtschaft Berlin an Außenministerium Prag, 17. Oktober 1930, errechnet auf der Grundlage der amtlichen Statistik.

<sup>31</sup> Allgemeine Hotel-Rundschau vom 4. Oktober 1930.

<sup>32</sup> Urteil des 2. Zivilsenats des Reichsgerichts vom 24. Januar 1913, das das Urteil des Kgl. Preußischen Oberlandesgerichts Köln vom 20. Juni 1912 bestätigte; eine Abschrift des Urteils wurde dem Verfasser von der Bitburger Brauerei zur Verfügung gestellt. Vgl. zu den Argumenten im Detail auch Bremer Nachrichten vom 11. Oktober 1930.

schaft beim Auswärtigen Amt gewesen<sup>33</sup>. Reagierte die Pilsener Brauwirtschaft, eine ausgesprochene Exportindustrie, zwar auch höchst empfindlich auf den Rückgang der Ausfuhr nach Deutschland<sup>34</sup>, so waren angesichts des deutschen Positivsaldos im Bierhandel Retorsionsmaßnahmen doch eine so reale Gefahr, daß das Auswärtige Amt dem Deutschen Brauerbund Mäßigung nahegelegt und die ČSR ihrer Mißbilligung solcher Tiraden versichert hatte<sup>35</sup>. Ebenso zurückhaltend, allerdings mit wenig Erfolg, agierte das Auswärtige Amt in der Frage der Malz- und Hopfenimporte. Im Vorfeld der 1929 anvisierten Wiederaufnahme der seit längerer Zeit stockenden Zolltarifverhandlungen mit der ČSR war für das Auswärtige Amt der Gesichtspunkt beherrschend, Zugeständnisse der Reichsregierung in der für die Tschechoslowakei eminent wichtigen Frage der Agrarimporte herbeizuführen, um die Gefährdung einer kurz zuvor erreichten Vereinbarung über Arbeitsmarktfragen zu verhindern<sup>36</sup>. Das Reichslandwirtschaftsministerium hingegen verweigerte Konzessionen und tendierte in der Frage der Wiederaufnahme der Verhandlungen zu einer dilatorischen Haltung<sup>37</sup>. Als im Dezember 1929 eine Zolltarifnovelle, die auch Zollerhöhungen für Malz vorsah, dem Reichsrat vorgelegt wurde und der tschechoslowakische Gesandte Chvalkovský die Anregung ins Spiel brachte, die Frage mittels des eingespielten Mechanismus von Verhandlungen zwischen den betroffenen Wirtschaftszweigen zu regeln<sup>38</sup>, vertrat der Handelspolitische Ausschuß, ein interministerielles Gremium, in dem auch das Reichslandwirtschaftsministerium vertreten war<sup>39</sup>, die Auffassung, solche Verhandlungen sollten erst nach Verabschiedung der Vorlage im Reichstag begonnen werden. Chvalkovský hingegen lehnte es aus begrifflichen Gründen ab, vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden<sup>40</sup>. Wie heikel die Agrarzollfrage zu diesem Zeitpunkt bereits geworden war, zeigte auch die heftige Reaktion der ihrerseits von den Agrariern dominierten tschechoslowakischen Politik. Der „Venkov“, das Organ der einflußreichen Agrarpartei, die auch den Ministerpräsidenten stellte, interpretierte die deutsche Haltung als ausdrücklich und

<sup>33</sup> Z. B. 1924, vgl. zu diesem Vorgang BA-P, RMWi 2891, Auswärtiges Amt an den Deutschen Brauerbund, 20. Mai 1924. Ebenda, BA-P, Verbalnote der Gesandtschaft Berlin vom 5. Juni 1928.

<sup>34</sup> So etwa 1924. Vgl. BA-P, RMWi 2890, Gesandtschaft Prag an Auswärtiges Amt, 30. Januar 1924.

<sup>35</sup> Wie Anmerkung 33. 1928 erinnerte die Gesandtschaft das Auswärtige Amt an sein in der Verbalnote vom 21. August 1926 gegebenes Versprechen, die Propaganda nach Möglichkeit zu unterbinden.

<sup>36</sup> Darlegung des Sachstandes in PA-II, Handel 13, Tschechoslowakei, Bd. 12, Auswärtiges Amt, Aktenvermerk Windel vom 7. Juni 1929.

<sup>37</sup> PA-II, Handel 13, Tschechoslowakei, Bd. 12, Auswärtiges Amt an den Staatssekretär in der Reichskanzlei, 20. Juni 1929; Auswärtiges Amt, Aufzeichnung Windel für den Staatssekretär vom 2. Juli 1929.

<sup>38</sup> Bericht des Auswärtigen Amtes an Reichsfinanzministerium, Reichswirtschaftsministerium und Reichslandwirtschaftsministerium über die mündlich vorgebrachte Anregung des Gesandten vom 4. Dezember 1929, in: Ebenda.

<sup>39</sup> Vgl. zum handelspolitischen Ausschuß allgemein Höpfner, Hans-Paul, Deutsche Südosteuropapolitik in der Weimarer Republik, Frankfurt a. M./Bern 1983, S. 99 f.

<sup>40</sup> PA-II, Handel 13, Tschechoslowakei, Bd. 12, Auswärtiges Amt, Aktenvermerk Windel vom 10. Dezember 1929.

zielbewußt feindselige Politik und plädierte für massive Vergeltung nach dem Vorbild Dänemarks, das zur selben Zeit Boykottmaßnahmen gegen den deutschen landwirtschaftlichen Protektionismus erzwang<sup>41</sup>.

Diese scharfen Töne aus der Ecke der Agrarier konterkarierten jedoch mäßige Stimmen der Industrie. Als der Vertreter der Malzproduzenten in der Sitzung des Zentralverbands der tschechoslowakischen Industrie, des „Svaz“<sup>42</sup>, am 9. Dezember 1929 forderte, gegen Deutschland mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln den Wirtschaftskrieg zu eröffnen, wurde der Antrag auf die lange Bank geschoben<sup>43</sup>. Insbesondere die Vertreter der überwiegend exportorientierten sudetendeutschen Wirtschaft befürworteten bezeichnenderweise Zurückhaltung. Für den seit 1928 in den „Svaz“ inkorporierten Deutschen Hauptverband der Industrie war die Überlegung entscheidend, man könne sich über alle Bedenken gegen wirtschaftliche Kampfmaßnahmen hinwegsetzen, „wenn die Aussicht vorhanden wäre, daß unsere Volkswirtschaft mit Beziehung auf die reichsdeutschen Beziehungen die stärkere ist. In diesem Fall müßte dann der schwächere Teil nachgeben. Wenn aber wir die schwächere Position innehaben – wie dies tatsächlich der Fall ist –, so käme die Ergreifung von Retorsionsmaßnahmen einer törichten Handlungsweise gleich, gegen die wir uns mit aller Macht stellen müssen.“ Die Ausfuhr der deutschen Wirtschaft in der ČSR sei im Fall einer Abdrosselung der Wirtschaftsbeziehungen „auf das Schwerste in Gegenwart und Zukunft“ gefährdet, denn Deutschland riskiere in einem Wirtschaftskrieg ein Zwanzigstel, die ČSR ein Viertel ihrer Interessen; die ČSR habe das Ausbleiben der Zufuhr von deutschen Rohstoffen, nicht substituierbaren Halbfertig- und Fertigwaren und eine Blockierung der Transitwege des tschechoslowakischen Exports über Hamburg und Bremen zu gewärtigen. Gerade den deutschen Unternehmern in der Tschechoslowakei sei an einem guten Verhältnis mit dem Reich so viel gelegen, daß man hier „die Tschechen wohl auf keinen Fall unter sich allein lassen“ dürfe<sup>44</sup>.

Wenn die Malzproduzenten beider Länder Anfang Februar 1930 auch Verhandlungen aufnahmen<sup>45</sup>, so drohte in den folgenden Monaten der Konflikt doch zu eskalieren. Im Frühjahr faßte das tschechoslowakische Landwirtschaftsministerium einen Gesetzentwurf ins Auge, demzufolge alle staatlichen Einrichtungen gehalten

<sup>41</sup> Venkov vom 19. Dezember 1929. BA-P, RMWi 2898, Gesandtschaft Prag an Auswärtiges Amt am 20. Dezember 1929.

<sup>42</sup> Ústřední svaz československého průmyslu, Zentralverband der tschechoslowakischen Industrie.

<sup>43</sup> BA-P, RMWi 2898, Gesandtschaft Prag an Auswärtiges Amt am 20. Dezember 1929. PA-II, Handel 13, Tschechoslowakei, Bd. 12, Auszugsweiser Bericht des Deutschen Hauptverbands der Industrie über die Sitzung des handelspolitischen Komitees des Zentralverbands der tschechoslowakischen Industrie am 9. Dezember 1929, übermittelt von der Gesandtschaft Prag an Auswärtiges Amt am 16. Januar 1930.

<sup>44</sup> PA-II, ebenda, Stellungnahme des Deutschen Hauptverbands der Industrie, undat., am 16. Januar 1930 von der Gesandtschaft Prag dem Auswärtigen Amt übermittelt. Vgl. auch den in der vorhergehenden Anmerkung zitierten Bericht.

<sup>45</sup> Vgl. die beiden Vermerke des Auswärtigen Amtes über die Zusammensetzung der Delegationen, in: Ebenda (beide undat.).

sein sollten, ihren Bedarf an Nahrungsmitteln ausschließlich mit inländischen Agrarprodukten zu decken, was der Verband Deutscher Malzfabriken mit dem Verdikt der „Rücksichtslosigkeit“ und der „engherzigste(n) nationale(n) Wirtschaftspolitik“ quittierte<sup>46</sup>. Ein von den reichsdeutschen, vor allem den bayerischen Hopfenproduzenten geforderter Prohibitivzoll, gekoppelt mit einem 90-prozentigen Verwendungszwang für inländischen Hopfen, löste im böhmischen, zu etwa 70 Prozent von deutschen Landwirten betriebenen Hopfenbau so große Unruhe aus, daß eine am 17. September in der Deutschen Gesandtschaft in Prag vorsprechende Abordnung einen Boykott deutscher Landmaschinen, Chemikalien und Düngemittel ernsthaft in Aussicht stellte. Für den Export des Reiches in die ČSR, so der an die Adresse des Auswärtigen Amtes gerichtete warnende Hinweis der Gesandtschaft, sei „die Anhänglichkeit der Sudetendeutschen an das Reich nicht die letzte Ursache (...) Alle Fürsorge, die wir den Sudetendeutschen auf politischem und kulturellem Gebiet – Minderheitenfragen, Schulbeihilfen – angedeihen lassen, verlieren in den Augen dieser Deutschen sehr an Wert, wenn sie sich durch gleichzeitig gegen sie gerichtete wirtschaftliche Maßnahmen des Reichs in ihrer Existenz bedroht sehen.“<sup>47</sup> Auch die Vorstellungen des Auswärtigen Amtes über die minderheitenpolitischen Folgen dieses Schrittes konnten die Notverordnung vom 1. Dezember 1930, die, über eine Zollerhöhung hinaus, den Verwendungszwang für inländischen Hopfen verfügte, allerdings nicht verhindern<sup>48</sup>.

Der nach dem „Tonfilm-Krawall“ im Herbst 1930 einsetzende, an diese konfliktgeladene Vorgeschichte anknüpfende Boykott bediente sich bereitwillig der Argumente aus dem Arsenal des Volkstumskampfes. In der Fachpresse des Hotel- und Gaststättenwesens prangerte die Brauwirtschaft nun die „kulturelle Unterdrückung“ der deutschen Minderheit an<sup>49</sup>; man habe „hohe Beträge“ aus dem „blutarmen Deutschland“ ins Ausland wandern lassen, „nur um den Fimmel für ‚ausländische‘ Erzeugnisse zu befriedigen“, noch dazu „Erzeugnisse eines Auslandes, das Deutschland und sein Volk fanatisch bis zum Wahnsinn haßt“<sup>50</sup>. Zu diesem auf dem Vertriebsweg ausgeübten Druck kam die direkte Einflußnahme auf die Verbraucher

<sup>46</sup> PA-IIIb, Handel 11, Tschechoslowakei, Bd. 3, Bund Deutscher Malzfabriken an das Auswärtige Amt am 5. März 1930. Eine ähnliche Anordnung hatte das Verteidigungsministerium erlassen. Vgl. ebenda, Gesandtschaft Prag an Auswärtiges Amt am 28. März 1930.

<sup>47</sup> BA-P, Reichsfinanzministerium (künftig RMFin) 8753, Eingabe der Deutschen Sektion des Hopfenbauverbandes im „Svaz“ an den Gesandten Koch vom 16. September 1930. Vgl. Landeskulturrat für Böhmen/Deutsche Sektion an Deutsche Gesandtschaft am 17. September 1930 und Gesandtschaft Prag an Auswärtiges Amt am 17. September 1930, in: Ebenda.

<sup>48</sup> Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 1. Dezember 1930, Teil 8/IV: Förderung der Verwendung von inländischem Hopfen, RGBl. I, S. 517 ff., bes. S. 602. PA-II, Handel 13, Tschechoslowakei, Bd. 13, Auswärtiges Amt an Reichslandwirtschaftsministerium am 29. Dezember 1930, mit einer „Aufzeichnung“ der Tschechoslowakischen Gesandtschaft Berlin über die Auswirkungen der Notverordnung auf den Hopfenbau der ČSR in der Anlage.

<sup>49</sup> Z. B. in der Allgemeinen Hotel-Rundschau vom 4. Oktober 1930.

<sup>50</sup> Der Landgasthof vom 30. September 1930.

mittels Annoncen<sup>51</sup> und Artikeln in der Presse: Die Bayerische Umschau vom 11. Oktober etwa appellierte unter dem Titel „Hinaus mit dem tschechischen Bier“ an das Publikum, Gaststätten, in denen Pilsner ausgeschenkt werde, zu meiden<sup>52</sup>. Ein markantes Beispiel für die von den Fachverbänden in diesem „Bierkrieg“ ins Spiel gebrachten chauvinistischen Gehässigkeiten allgemeiner Art war ein in den Bremer Nachrichten vom 12. Oktober 1930 von den Brauereien lancierter Artikel, der sich über die „tschechische Weltsprache“ mokierte, die zu lernen man gezwungen sei, wolle man auf der Fahrt von Deutschland nach Österreich via Prag die Orientierung nicht verlieren<sup>53</sup>. Vor allem im sächsischen und schlesischen Grenzgebiet unterstützten Sudetendeutsche Volkstumsvereine wie der Sudetendeutsche Heimatbund und die Vereinigung heimattreuer Sudetendeutscher durch die Verteilung von Flugblättern die als „Hilfe für das bedrängte Auslandsdeutschtum“ stilisierte Aktion<sup>54</sup>. Der Widerhall solcher Aufrufe ist schwer zu präzisieren, zumal der krisenbedingte Rückgang des Bierkonsums die Wirkung, sollte es sie denn gegeben haben, offenkundig überlagerte<sup>55</sup>. Vergleichsweise erfolgreich dürften die Appelle der Brauereien an Wirte und Getränkegroßhändler<sup>56</sup> dort gewesen sein, wo Magistrate Pächter von Gaststätten in kommunalem Besitz zum Boykott nötigten<sup>57</sup>. Insgesamt ist aber ein zurückhaltendes Urteil angebracht: Konnte man auch auf einen gewissen Konformitätsdruck in der Öffentlichkeit bauen<sup>58</sup>, so fand, der Einschätzung der Berliner Gesandtschaft zufolge, der Bierboykott aufs Ganze gesehen doch nur bei einigen extremen Nationalisten Anklang<sup>59</sup>.

Wenn auch verschiedene Zweige der Exportwirtschaft wie die Perlmutter- oder die Gablonzer Industrie von boykottbedingten Verlusten berichteten<sup>60</sup>, so waren neben Bier doch – keineswegs zufällig – in erster Linie Textilwaren, Hopfen und Malz vom Wirtschaftskampf betroffen. So verweigerten etwa in einer Reihe von

<sup>51</sup> AFMZV, sekce IV, kr. 551, Konsulat Magdeburg an Generalkonsulat Berlin am 23. Oktober 1930, Übersendung zweier Inserate der Vereinigung der Brauereien, Magdeburg.

<sup>52</sup> Mitteilung der Pilsner Urquell-Vertriebsgesellschaft an die Gesandtschaft Berlin am 24. Oktober 1930, in: Ebenda; Bayerische Umschau vom 11. Oktober 1930.

<sup>53</sup> Bremer Nachrichten vom 12. Oktober 1930. Zu den Initiatoren dieses Artikels vgl. AFMZV, sekce IV, kr. 551, Konsulat Bremen an Außenministerium Prag am 15. Oktober 1930.

<sup>54</sup> AFMZV, sekce IV, kr. 551, Generalkonsulat Dresden an Außenministerium Prag am 17. November 1930; Konsulat Breslau an dasselbe am 28. November, 4. und 19. Dezember 1930, in: Ebenda.

<sup>55</sup> So etwa die Beobachtung des Konsulat Königsberg vor dem Hintergrund der im äußersten Osten des Reiches ganz besonders schwierigen Wirtschaftslage. Vgl. Bericht des Konsulats Königsberg an Generalkonsulat Berlin am 21. Oktober 1930, in: Ebenda.

<sup>56</sup> Solche stellte z. B. das Stuttgarter Konsulat der ČSR fest. Vgl. Konsulat Stuttgart an Handelskammer Stuttgart am 29. Oktober 1930, in: Ebenda.

<sup>57</sup> Mitteilung der Pilsner Urquell-Vertriebsgesellschaft an Gesandtschaft Berlin über einige Boykottfälle in Ratskellern am 24. Oktober 1930, in: Ebenda.

<sup>58</sup> So die vom Schutzverband der böhmischen Bierbrauer mitgeteilte Beobachtung an Außenministerium Prag am 25. Oktober 1930, in: Ebenda.

<sup>59</sup> Gesandtschaft Berlin an Außenministerium Prag am 17. Oktober 1930, in: Ebenda.

<sup>60</sup> Dresdner Anzeiger vom 25. November 1930. AFMZV, sekce IV, kr. 551, Generalkonsulat Berlin an Außenministerium Prag am 15. Oktober 1930.

Fällen Kunden tschechoslowakischer Textilfirmen die Annahme von Bestellungen<sup>61</sup>, während in Malz und Hopfen im Oktober anscheinend jegliches Geschäft unterbunden war<sup>62</sup>. Insgesamt gesehen war die Bandbreite der betroffenen Waren jedoch auffallend gering; der Rückgang des Handels war zudem in vielen Fällen krisenbedingt. Eine Reihe von Konsulaten meldete das Ausbleiben jeglicher Boykottappelle oder aber ihre Beschränkung auf das Pilsner<sup>63</sup>. Das Bremer Konsulat konstatierte zwar eine auffällige Zurückhaltung der Exporthäuser am Ort, wertete diese aber als allgemeine, nicht nur die Ausfuhren der CSR in Mitleidenschaft ziehende Krisenerscheinung<sup>64</sup>.

Von Bedeutung erwies sich in diesem Zusammenhang, daß die besonnene Reaktion der Kammern und der Spitzenverbände der Wirtschaft im Reich die Wogen der chauvinistischen Erregung dämpfte. Man habe sich zwar, so die Handelskammer Stuttgart in einem besänftigenden Schreiben an das Stuttgarter Konsulat der CSR vom 24. Oktober, teilweise „mehr von gefühlsmäßigen Einstellungen als von rein sachlichen wirtschaftlichen Erwägungen leiten“ lassen, „die inzwischen erfolgten Aufklärungen und beruhigenden Einwirkungen von maßgeblicher Seite“ hätten aber die „zutage getretenen bedauerlichen Gegensätzlichkeiten doch wieder so gut wie ausgeräumt“<sup>65</sup>. Der Deutsche Industrie- und Handelstag disqualifizierte die Boykottaufrufe als schädlich für einzelne Firmen wie auch für die Gesamtwirtschaft und lokalisierte sie von vornherein in „der Wirtschaft ferner stehenden Kreisen“<sup>66</sup>. Ein der Montanindustrie nahestehendes Presseorgan griff den Vorwurf der „kulturellen Unterdrückung“ zwar auf, schlug aber sogleich versöhnliche Töne an und plädierte für eine Trennung von „Wirtschaft“ und „Politik“ – eine Stimmfrage, auf die auch die Berliner Gesandtschaft mit dem Hinweis, beide Länder seien „durch ihre geographische Lage auf ewige Zeiten aufeinander angewiesen“, einging<sup>67</sup>. Mehrmals im Laufe des Herbstes erteilte der Reichsverband der deutschen Industrie (RdI), nachdem Prag sich offiziell von den Ausschreitungen distanziert habe, einer Störung der Wirtschaftsbeziehungen durch Kampfmaßnahmen eine Absage<sup>68</sup>.

<sup>61</sup> Bericht des Vertreters NN an seine Firma in Prag am 1. Oktober 1930, in: AFMZV, ebenda. BA-P, RMWi 2900, Der sudetendeutsche Abgeordnete Peters an Stolper am 9. Oktober 1930, mit einer Auflistung einschlägiger Fälle in der Anlage.

<sup>62</sup> AFMZV, ebenda, Verband der Malzindustrie im Zentralverband der tschechoslowakischen Industrie an Außenministerium Prag am 7. Oktober 1930.

<sup>63</sup> Konsulat Stettin an Generalkonsulat Berlin am 17. Oktober 1930; Konsulat Königsberg an Generalkonsulat Berlin am 21. Oktober 1930; Konsulat Bremen an Außenministerium Prag am 14. November 1930, in: Ebenda.

<sup>64</sup> Konsulat Bremen an Außenministerium Prag am 15. Oktober 1930, in: Ebenda.

<sup>65</sup> Handelskammer Stuttgart an Konsulat Stuttgart am 24. Oktober 1930, in: Ebenda.

<sup>66</sup> BA-P, RMWi 2900, Deutscher Industrie- und Handelstag an die Mitglieder am 1. Dezember 1930.

<sup>67</sup> Schriftleitung des Anzeigers für Berg-, Hütten- und Maschinenwesen an die Gesandtschaft Berlin am 4. November 1930 sowie Antwortschreiben der Gesandtschaft vom 12. November 1930, in: AFMZV, sekce IV, kr. 551.

<sup>68</sup> BA-P, RMWi 2900, Reichsverband der deutschen Industrie an die Fachgruppen und „landschaftlichen Verbände“ am 20. November und 18. Dezember 1930. Ähnlich auch der Tenor der Verlautba-

Was auf tschechoslowakischer Seite während der Vorgeschichte des Boykotts bereits deutlich geworden war, wiederholte sich hier spiegelbildlich: Maßgebliche Kreise der deutschen Industrie waren nicht bereit, durch die Unterstützung partikularer Interessen der Landwirtschaft bzw. der Nahrungsmittelindustrie ihre eigenen Einsätze im ČSR-Geschäft zu gefährden. Der RdI befürwortete zu jener Zeit noch generell eine Politik der Exportförderung<sup>69</sup>; sein Einschwenken auf die Linie des Agrarprotektionismus datiert erst nach 1930<sup>70</sup>. Wie sehr dem industriellen Spitzenverband am Ausbau der Beziehungen insbesondere zur ČSR gelegen war, verdeutlichte seine Mitte 1928 formulierte, nach wie vor gültige Position, derzufolge bei einer vertraglichen Neuregelung der Handelsbeziehungen die Gegenseite zwar ihre „überzogenen“ Forderungen auf dem Gebiet des Agrar- und des Textilhandels zurückschrauben müsse, ansonsten aber eine Liberalisierung des Warenverkehrs generell zu befürworten sei; den in den vergangenen Jahren zunehmend schärferen Konkurrenzkampf der europäischen Industrien, zu einem guten Teil Folge der neuen Grenzziehungen in Europa, erachtete man als bedauerlich<sup>71</sup>. Diese Position repräsentierte speziell die Interessen der Chemie, der Elektrotechnik und des Maschinenbaus, Branchen von generell hoher Ausfuhrabhängigkeit<sup>72</sup>, die, wie eingangs ausgeführt, auch im tschechoslowakischen Exportgeschäft besonders hohe Einsätze stehen hatten. Nicht von ungefähr konnte deshalb Mitte Oktober die Gesandtschaft der ČSR beim „Svaz“ anregen, man solle im RdI die Aufmerksamkeit auf den Schaden lenken, der gerade diesen Branchen im Falle von Retorsionsmaßnahmen drohe<sup>73</sup>. Ebensovienig zufällig war, daß die Prager Gesandtschaft auf – sich später nicht bewahrheitende – Gerüchte über einen Gegenboykott deutscher Arzneimittel hin der deutschen Industrie empfahl, man solle „im eigenen Wirkungsbereich mit allen Mitteln verhindern (...) daß aus dem Filmstreit ein wenn auch nur kleiner Wirtschaftskrieg wird“<sup>74</sup>.

Über die Handelsbeziehungen hinaus erwies sich hier ein weiterer Umstand als maßgeblich: Anfang der dreißiger Jahre waren Zweigbetriebe von 22 reichsdeutschen Unternehmen in allen Branchen der Wirtschaft des Nachbarlandes ausgewiesen; hinzu kamen Kapitalbeteiligungen an nationaltschechischen Firmen. Zwar existierten keine gesetzlichen Hindernisse für reichsdeutsche Investitionen, die nationalwirtschaftlichen Tendenzen in der ČSR machten eine Tarnung aber häufig

rungen regionaler Industrieverbände, insbesondere in den Grenzgebieten. Vgl. etwa die Stellungnahme in der „Schlesischen Industrie“ 1/1931, dem Organ des Bundes Schlesischer Industrieller.

<sup>69</sup> Vgl. zum Hintergrund Bellers, Jürgen, Außenwirtschaftspolitik und politisches System der Weimarer Republik, Münster 1988, S. 212 ff.

<sup>70</sup> Ebenda, S. 209 ff.

<sup>71</sup> BA-P, RMWi 2895/2, Text der Rede, die der Geschäftsführer des Reichsverbands der deutschen Industrie, Herle, auf der Tagung des Zentralverbands der tschechoslowakischen Industrie am 18. Juni 1928 in Prag zu halten beabsichtigte (Manuskript, datiert 13. Juni 1928).

<sup>72</sup> Schröter, Verena, Die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt 1929 bis 1933, Frankfurt a. M. 1984, S. 67 ff., bes. S. 72.

<sup>73</sup> AFMZV, sekce IV, kr. 551, Gesandtschaft Berlin an Außenministerium Prag am 17. Oktober 1930.

<sup>74</sup> BA-P, RWMi 2900, Gesandtschaft Prag an Auswärtiges Amt am 24. Oktober 1930.

ratsam, so daß das Engagement deutscher Unternehmen wohl noch um einiges höher anzusetzen sein dürfte<sup>75</sup>. Angesichts von Investitionen des Reichs in beträchtlichem Umfang hatte die Prager Gesandtschaft bereits einige Jahre früher darauf aufmerksam gemacht, daß jede Beeinträchtigung der tschechoslowakischen Wirtschaft „gleichzeitig auch die Schwächung einer beachtlichen wirtschaftlichen Auslandsposition Deutschlands nach sich ziehen“ müsse<sup>76</sup>. Außer den reichsdeutschen Firmenchefs und den Beteiligungen an nationaltschechischen Unternehmen war damit auch die mit der reichsdeutschen eng verflochtene Wirtschaft der deutschen Volksgruppe<sup>77</sup> gemeint. Im Gegensatz zu nationalistischen Scharfmachern wie der Vereinigung heimattreuer Sudetendeutscher, die den Boykott als Hilfsaktion für die deutsche Minderheit hinstellen suchten<sup>78</sup>, kritisierte der RdI denn auch die schädlichen Auswirkungen eines Wirtschaftskampfes gerade auf die deutsche Minderheit, wie sie auch die Presse des sächsischen Grenzlandes mehrfach erörterte<sup>79</sup>. Daß der Boykott tatsächlich in erster Linie die deutsche Wirtschaft in der ČSR in Mitleidenschaft zu ziehen geeignet war, zeigten die Klagen etwa des Allgemeinen Deutschen Textilverbands Reichenberg und des Verbands der (deutschen) mährischen Wollindustriellen<sup>80</sup>. Eine Untergrabung der ökonomischen Fundamente der deutschen Volksgruppe lief den Exportinteressen des Reichs auch deshalb zuwider, weil – wie die Prager Gesandtschaft schon 1927 in einem von Untertönen der Arroganz nicht freien Bericht formuliert hatte – „die in der Tschechoslowakei wohnenden Deutschen als das kulturell höchststehende Bevölkerungselement dieses Landes, zur Zeit noch immer die kaufkräftigste und gleichzeitig kaufwilligste Abnehmerschaft für reichsdeutsche Erzeugnisse“ darstellten<sup>81</sup>. So versäumte es etwa das in deutschem Besitz befindliche Bürgerliche Bräuhaus in Pilsen nicht, im Oktober 1930 darauf hinzuweisen, man kaufe in großem Umfang in Deutschland ein und habe unlängst

<sup>75</sup> PA-IIb, Wirtschaft 6, Tschechoslowakei, Bd. 1, Bericht der Gesandtschaft Prag vom 7. Januar 1927. PA, Gesandtschaft Prag I/4a, Bd. 2, Gesandtschaft Prag, Bericht über Wirtschaft und Finanzen der Tschechoslowakei seit 1928 vom 27. Oktober 1931. Diese Angaben zunächst unter Vorbehalt; die von der Forschung bislang wohl eher unterschätzten deutschen Kapitalbeteiligungen in der ČSR sind ein wichtiger Gegenstand des geplanten Forschungsprojekts.

<sup>76</sup> PA-IIb, Wirtschaft 6, Tschechoslowakei, Bd. 1, Bericht der Gesandtschaft Prag vom 27. Januar 1927.

<sup>77</sup> Auch das von der Forschung bislang kaum erörterte Problem dieser Verflechtungen soll im Rahmen des Projekts genauer untersucht werden.

<sup>78</sup> AFMZV, sekce IV, kr. 551, Konsulat Breslau an Außenministerium Prag am 28. November 1930, mit Abschrift des von der Vereinigung verteilten Flugblatts, undat.

<sup>79</sup> BA-P, RMWi 2900, Reichsverband der deutschen Industrie an die Fachgruppen und „landschaftlichen Verbände“ am 20. November 1930; Leipziger Abendpost vom 24. November 1930; Dresdner Anzeiger vom 25. November 1930.

<sup>80</sup> AFMZV, sekce IV, kr. 551, Allgemeiner Deutscher Textilverband, Reichenberg an Außenministerium Prag am 4. November 1930; BA-P, RMWi 2900, Verein der Wollindustriellen Mährens an Konsulat Brünn am 8. Oktober 1930.

<sup>81</sup> PA-IIb, Wirtschaft 6, Tschechoslowakei, Bd. 1, Bericht der Gesandtschaft Prag vom 21. Januar 1927.



eine komplette Faßfabrik dort bestellt<sup>82</sup>. Die über die negativen wirtschaftlichen Folgen eines Boykotts hinausgehenden volkstumpolitischen Schäden deuteten die Brüner Wollindustriellen an: Sie zählten zu den Honoratioren der deutschen Gesellschaft in der Stadt und trugen wesentlich zur Erhaltung des Deutschtums bei<sup>83</sup>. Daß, wie auf Flugblättern in Breslau behauptet worden war, „tschechische Hetzvereine“ am Umsatz des Pilsner beteiligt und deutsche Arbeiter und Angestellte in Pilsen aus nationalpolitischen Gründen entlassen worden seien<sup>84</sup>, war nach dem Bekunden des Verwaltungsrats des Bürgerlichen Bräuhauses die schiere Unwahrheit; richtig sei vielmehr, daß die deutsche Sprache sowohl in den Verwaltungsratssitzungen als auch in der Generalversammlung weiter zugelassen sei und ansonsten gerade die deutschen Verwaltungsratsmitglieder im kulturellen Leben der Stadt eine herausragende Rolle spielten<sup>85</sup>. Eine im März 1931 einstimmig gebilligte Erklärung der Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft in der Tschechoslowakei, die noch einmal eindringlich warnte, der Boykott treffe nur zu oft die Landsleute in der ČSR<sup>86</sup>, fiel im Auswärtigen Amt auf fruchtbaren Boden: Ein an das Reichswirtschafts- und das Reichslandwirtschaftsministerium gerichtetes Memorandum vom 16. Oktober verurteilte den Wirtschaftskampf als eine gegen das nationale Interesse verstoßende Maßnahme; die Verbände sollten deshalb aufgefordert werden, ihre Mitglieder vor „Übereilung“ zu warnen<sup>87</sup>.

Standen in der Wirtschaft die Zeichen also bald auf Mäßigung, so war in der Politik das Bild weniger eindeutig, wie das zwiespältige Agieren des Auswärtigen Amtes zeigt. Schien sich auch hier zunächst eine Versöhnung anzudeuten, als Beneš am 29. September in Genf in einer Unterredung mit Reichsaußenminister Curtius die Krawalle als Widerspruch zu seiner Politik der Verständigung mit den Deutschen verurteilte und im gleichen Atemzug die Fortsetzung der Handelsvertragsverhandlungen anbot<sup>88</sup>, so besagte eine in scharfem Ton gehaltene Erklärung Curtius' vor dem Auswärtigen Ausschuß des Reichsrats Ende Oktober, Deutschland erwarte, daß die „Würde deutscher Kultur“ nicht weiterhin verkannt werde. Nun war die Wahrung dieser „Würde“ wohl kaum eine Herzensangelegenheit Curtius'; das zugrundeliegende Motiv dürfte vielmehr gewesen sein, daß gerade einer zunehmenden antitschechischen Radikalisierung der reichsdeutschen Innenpolitik der

<sup>82</sup> BA-P, RMWi 2900, Aufklärungsschreiben des Bürgerlichen Bräuhauses in Pilsen vom Oktober 1930 (ohne Tag).

<sup>83</sup> Konsulat Brünn an Auswärtiges Amt am 10. Oktober 1930, in: Ebenda.

<sup>84</sup> AFMZV, sekce IV, kr. 551, Konsulat Breslau an Außenministerium Prag am 19. Dezember 1930.

<sup>85</sup> BA-P, RMWi 2900, Die deutschen Mitbesitzer des Bürgerlichen Bräuhauses Pilsen an Kommerzienrat Stein, Berlin am 26. September 1930.

<sup>86</sup> BA-P, RMWi 2900, Erklärung, undatiert, von der Gesandtschaft Prag am 6. März 1931 ans Auswärtige Amt übersandt.

<sup>87</sup> Auswärtiges Amt an Reichswirtschafts- bzw. Reichslandwirtschaftsministerium am 16. Oktober 1930, in: Ebenda.

<sup>88</sup> PA-II, Handel 13, Tschechoslowakei, Bd. 13, Telegramm Curtius' an die Reichskanzlei vom 29. September 1930, mit Bericht über die Unterredung.

Wind aus den Segeln genommen werden sollte<sup>89</sup>. Beneš's Organ, die „Prager Presse“, konnte allerdings mit dem berechtigten Vorwurf kontern, Curtius mache aus den Demonstrationen einer kleinen Minderheit die Sache der gesamten tschechoslowakischen Nation und deren grundsätzlicher Einstellung zur deutschen Kultur<sup>90</sup>. Auf derselben kritischen Linie interpretierte die Berliner Gesandtschaft Curtius' Stellungnahme als sozusagen amtliche Unterstützung derjenigen Kreise im Reich, die zum Kulturkampf gegen die ČSR hetzten und damit, zumindest mittelbar, auch den Wirtschaftsboykott billigten<sup>91</sup>. Knapp eine Woche später wies Beneš ein weiteres Mal Curtius' Version, die für die Aktion einer Minderheit von Extremisten die ganze Nation haftbar machte, entschieden zurück<sup>92</sup>.

Drohte der Konflikt an diesem Punkt noch einmal zu eskalieren, so bewirkten doch letztlich die Reaktionen in der ČSR eine Mäßigung. Sogar die im Oktober und November von den tschechoslowakischen Glas- und Textilproduzenten an das Prager Außenministerium gerichteten Aufforderungen, dem Boykott entgegenzutreten, gingen über die Anregung diplomatischer Aktivitäten nicht hinaus<sup>93</sup>. Haupt Sorge der Prager Handelskammer wie auch der diplomatischen und konsularischen Vertretungen in Deutschland waren die aufmerksame Beobachtung und Registrierung aller mit dem Boykott zusammenhängenden Vorgänge und das Bemühen, mäßigend auf die Presseberichterstattung über die Prager Krawalle einzuwirken<sup>94</sup>. Daß, wie einige Verbände anregten, Deutschland auf die Verwundbarkeit hingewiesen werden sollte, die aus dem hohen Positivsaldo seiner Handelsbilanz mit der ČSR herrührte, hielt sich noch im defensiven Rahmen und kann höchstens als allererste Stufe der Vorbereitung eines Gegenboykotts aufgefaßt werden<sup>95</sup>. So warb die Berliner Gesandtschaft bei den interessierten Kreisen im Reich um Einsicht in die Tatsache der engen Verflechtung und warnte, aus der Zerreißen der Fäden drohten

<sup>89</sup> Wiedergegeben im Berliner Tagblatt vom 31. Oktober 1930. Zu Curtius' Motiven vgl. Jaworski, Vorposten, S. 156.

<sup>90</sup> Prager Presse vom 31. Oktober 1930. Im Einklang mit Curtius' Auffassungen waren auch gewichtige deutsche Pressestimmen: Der Vossischen Zeitung zufolge spielten „extreme Elemente“ in der ČSR eine große Rolle; vgl. Vossische Zeitung vom 1. November 1930.

<sup>91</sup> AFMZV, sekce IV, kr. 551, Gesandtschaft Berlin an Außenministerium Prag am 31. Oktober 1930.

<sup>92</sup> Wiedergabe der Erklärung Beneš's vom 5. November 1930 in der Prager Presse vom 6. November 1930.

<sup>93</sup> AFMZV, sekce IV, kr. 551, Verband der Tschechoslowakischen Textilindustriellen an Außenministerium Prag am 11. Oktober 1930 sowie Schutzverband der Böhmisches Bierbrauer an dasselbe am 25. Oktober 1930, in: Ebenda.

<sup>94</sup> Rundschreiben der Gesandtschaft Berlin an die Konsulate mit Aufforderung zur Beobachtung und Berichterstattung am 8. Oktober 1930; Handelsinstitut der Handels- und Gewerbekammer Prag an Außenministerium Prag am 12. November 1930; Entwurf eines Antwortschreibens des Außenministeriums Prag an dasselbe am 18. November 1930, in: Ebenda.

<sup>95</sup> Sektion Glasindustrie im Zentralverband der tschechoslowakischen Industrie an Außenministerium Prag am 7. Oktober 1930, in: Ebenda. Eindeutig nicht mehr als ein Ansuchen um Unterstützung bei der Aufklärung der deutschen Öffentlichkeit war die Bitte des sudetendeutschen Abgeordneten Peters an Stolper, den Herausgeber des „Deutschen Volkswirt“. Vgl. BA-P, RMWi 2900, Peters an Stolper am 9. Oktober 1930.

der deutschen Wirtschaft Nachteile zu entstehen<sup>96</sup>. Auch auf tschechoslowakischer Seite war man sich der möglicherweise schwerwiegenden Konsequenzen einer Eskalation also offensichtlich bewusst. Von der Pharma-Industrie des Reichs mit Besorgnis registrierte Gerüchte, die tschechoslowakische Ärztekammer habe zum Boykott deutscher Arzneimittel aufgerufen, entpuppten sich denn auch als gegenstandslos, und die Ärztekammer für Böhmen dementierte ausdrücklich alle in diese Richtung zielenden Absichten<sup>97</sup>. Zwar wurden in der ČSR Vergeltungsmaßnahmen nicht grundsätzlich ausgeschlossen; daß sie nur nach einer gründlichen Abwägung der Vor- und Nachteile in Szene gesetzt werden sollten, zeigt ein an das Prager Außenministerium gerichtetes Ersuchen der Berliner Gesandtschaft um detaillierte Informationen über die Aktivitäten der deutschen Wirtschaft in der Tschechoslowakei<sup>98</sup>. Neben wirtschaftlichen Gesichtspunkten waren für dieses behutsame Vorgehen politische, insbesondere kulturpolitische Erwägungen maßgebend: So war Beneš's versöhnliche Haltung vom Werben um die innenpolitische Kooperation des deutschen Aktivismus bestimmt. Eine im Oktober vom Außenministerium initiierte Umfrage bei den übrigen Ressorts, die die möglichen Auswirkungen einer Abdrosselung des Wirtschaftsverkehrs mit dem Reich zum Gegenstand hatte, erbrachte im Ministerium für Schulwesen das zwiespältige Ergebnis, wegen der prominenten Stellung des Reiches als Lieferant von Geräten, Apparaten und Büchern usw. seien die Konsequenzen für Deutschland per Saldo zwar negativ; bei der großen Bedeutung der deutschen Kultur in der ČSR und angesichts der Rolle Deutschlands als Mittler zur Welt habe aber auch die Tschechoslowakei mit erheblichen Beeinträchtigungen zu rechnen<sup>99</sup>.

Diese Umfrage blieb allerdings folgenlos, da die Wogen der Erregung in den ersten Monaten des Jahres 1931 schnell verebten. Im März 1931 verlautete aus dem Handelsministerium, angesichts des abflauenden Boykotts sei die Sammlung von Statistiken sinnlos, und auch in der Berliner Gesandtschaft, wo man sich zunächst noch an den zu erwartenden Auswirkungen eines Wirtschaftskampfs auf die Zahlungsbilanz der ČSR interessiert gezeigt hatte, winkte man nun ab<sup>100</sup>. Daß der Boykott in der Folge der Prager Krawalle eine so kurzlebige Erscheinung war, fügt sich in den Erklärungsrahmen, wonach angesichts der dichten bilateralen Vernetzung im Herbst 1930 das Interesse an schiedlich-friedlichen Austauschbeziehungen die Bereitschaft zum Wirtschaftskampf bei weitem überwog.

<sup>96</sup> AFMZV, sekce IV, kr. 551, Gesandtschaft Berlin an den Herausgeber des Anzeigers für Berg-, Hütten- und Maschinenwesen am 31. Oktober 1930.

<sup>97</sup> BA-P, RMWi 2900, Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands an Auswärtiges Amt und Reichswirtschaftsministerium am 1. November 1930; Gesandtschaft Prag an Auswärtiges Amt am 24. Oktober 1930; *České Slovo* vom 23. Oktober 1930.

<sup>98</sup> AFMZV, sekce IV, kr. 551, Gesandtschaft Berlin an Außenministerium Prag am 15. Oktober 1930.

<sup>99</sup> Ministerium für Schulwesen und Volksbildung Prag an Außenministerium Prag am 4. März 1931, in: Ebenda.

<sup>100</sup> Handelsministerium Prag an Außenministerium Prag am 30. März 1931 sowie Gesandtschaft Berlin an Außenministerium Prag am 9. April 1931, in: Ebenda.

## IV.

Auch im Fall Bat'a mündete ein zollpolitisches Präludium in einen direkten Boykott. Allerdings wurde dieser Konflikt erbitterter ausgefochten und zog sich über einen längeren Zeitraum hin. Die Gründe sind vermutlich darin zu suchen, daß das Produktionssystem des tschechoslowakischen „Ford der Fußgänger“ einen propagandistisch bestens auszumünzenden sozialpolitischen Skandalfall darstellte; hatte Bat'a sich bereits in der ČSR durch seine revolutionären Produktions- und Absatzmethoden Feinde gemacht, so brachte er nun auch im Reich neben der Schuhindustrie den mehr und mehr protektionistisch eingestellten Schuhhandel und das Schusterhandwerk gegen sich auf. Wichtiger dürfte aber ein anderer Umstand gewesen sein: War es gelungen, durch protektionistische Maßnahmen unerwünschte Einfuhren von Agrarprodukten, etwa Malz und Hopfen, zu reduzieren, so begriff Bat'a die Erhöhung der Schuhzölle als Herausforderung zur Gründung einer eigenen Handelskette im Reich und zur Verlagerung der Produktion dorthin. Hatte die deutsche Schuhwirtschaft sich zunächst nur der Importe aus der ČSR erwehren müssen, so führten ihre Abwehrmaßnahmen dazu, daß sie sich auch auf eigenem Terrain von dem tschechoslowakischen „Schuhkönig“ bedrängt sah. Dieser Umstand erklärt auch charakteristische Unterschiede in der Boykott-Rhetorik: Zwar fehlte auch diesmal nicht die nach dem „Tonfilm-Krawall“ ins Feld geführte „Unterdrückung der Deutschen“ in der ČSR, eine größere Rolle spielte jedoch die Instrumentalisierung „slawischer Expansionsbestrebungen“ im Reich. Kennzeichnete den Boykott in der Folge der Prager Krawalle eine gewisse, dem Umstand, daß auch die deutsche Minderheit in Mitleidenschaft gezogen wurde, geschuldete Unentschiedenheit, so kamen solche Hemmungen im Fall des nationaltschechischen Unternehmers Bat'a gänzlich in Fortfall. Waren hier die konfliktdämpfenden Kräfte somit auch schwächer, so fehlten sie doch nicht. Weniger die Aussicht, ein labiles Gleichgewicht von Abhängigkeiten zu stören, als die Bedürfnisse der Verbraucher waren es hier, die den Erfolg des Boykotts in Frage stellten und so eine weitere wichtige Dimension der wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen der ČSR und dem Reich verdeutlichten.

Die tschechoslowakische Schuhproduktion umfaßte 1927 mit etwa 200 Betrieben 70–80 Prozent der Kapazität der Habsburger Monarchie; von der Produktion von 25 bis 30 Millionen Paar jährlich (andere Schätzungen gehen bis zu 50 Millionen Paar) waren nur an die 5 Millionen Paar im Inland abzusetzen. Der Zwang zum Export war in diesem Wirtschaftszweig damit ganz besonders ausgeprägt. Durch Rationalisierung und Preissenkung erzielte die tschechoslowakische Schuhindustrie hier aufsehenerregende Erfolge: In der kurzen Zeitspanne von 1923 bis 1926 wurde die Ausfuhr dem Wert nach nicht weniger als versechsfacht; sie machte einen erheblichen Teil der Gesamtexporte der ČSR aus, die von 1928 bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs im Welt-Schuhexport den ersten Platz einnahm. Der Wert der Einfuhren dagegen betrug 1926 nicht einmal ein Prozent des Ausfuhrwertes. Mehr als in jedem anderen Wirtschaftszweig gelang hier auch die Umlagerung der Exporte

weg von den alten Absatzgebieten in der Monarchie; die Terrainverluste in den Nachfolgestaaten aufgrund von Zolltrennung, Autarkietendenzen und mangelnder Kaufkraft wurden durch die Exportzuwächse im „Altausland“ mehr als kompensiert. Hauptausfuhrland war das Reich. Der Anteil der Exporte nach Deutschland am Schuhexport der ČSR stieg, gemessen am Wert, von 1925 bis 1928 von 25 auf 38 Prozent. Hatte die Ausfuhr nach Deutschland bis 1924 die Vorkriegshöhe noch nicht wieder erreicht, so betrug sie 1927 bereits das Achtfache der Vorkriegsmenge<sup>101</sup>.

Von den großen Unternehmen der Branche, Popper, Hirsch, Busi, der Brüner und der Iglauer Schuhfabrik, war der Konzern Tomáš Baťa das größte. Baťa steigerte die Produktion von 1,75 Millionen Paaren (1922) auf fast 22 Millionen im Jahr 1931 (bis 1938 erfolgte noch einmal ein relativ kontinuierlicher Anstieg auf 41 Millionen)<sup>102</sup>. Dies ging einher mit einem ebenso schwindelerregenden Wachstum der Produktivität: Nahm die Zahl der Arbeitskräfte zwischen 1923 bis 1926 von etwa 1800 auf 8000 (also auf etwa das Dreieinhalbfache) zu, so stieg im selben Zeitraum die Zahl der pro Tag produzierten Paar Schuhe von 8000 auf 55 000, also auf etwa das Siebenfache<sup>103</sup>. Hinter diesem in der tschechoslowakischen Industrie einzig dastehenden Erfolg stand das Unternehmertalent Baťa, der in den Vereinigten Staaten Fords Methoden studiert hatte und in Fließbandarbeit mit den jeweils modernsten ausländischen Maschinen produzierte. Die Herstellung war im mährischen Zlín konzentriert, wo auch alle erforderlichen Neben- und Zuliefererbetriebe angesiedelt waren. Spezifikum des „Systems Baťa“ war die innere Organisation des Unternehmens: Jede Abteilung führte eine eigene Gewinn- und Verlustrechnung und war für die Qualität ihrer Arbeit verantwortlich. Als Leistungsanreiz diente die Beteiligung der Arbeiter an den Gewinnen (von denen aber nur die Hälfte sofort angerechnet wurde); allerdings wurden auch Verluste auf die Belegschaft überwältigt (und sofort vom Lohn abgezogen). Gemessen am durchschnittlichen Lohnniveau der ČSR und in Anbetracht der niedrigen Lebenshaltungskosten in Zlín waren die Löhne durchaus attraktiv, was der wesentliche Grund dafür war, daß Baťa seine vorzugsweise aus der ländlichen Bevölkerung der Zliner Gegend rekrutierte, intensiv geschulte Arbeiterschaft in strikter Disziplin halten, ihr ein scharfes Arbeitstempo auferlegen und die Gewerkschaften gänzlich aus seinem Unternehmen heraushalten konnte. Zum Erfolg dieses Modells eines autoritären Kapitalismus trugen wohl-

<sup>101</sup> Handelsbericht der Gesandtschaft Prag von Mitte Mai 1927 (ohne Tag); Konsulat Brünn an Auswärtiges Amt am 8. Juli 1927, in: BA-P, RMWi 2894/2. Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der Deutschen Wirtschaft (Hrsg.), Die deutsche Schuhindustrie, Verhandlungen und Berichte des Unterausschusses für allgemeine Wirtschaftsstruktur (I. Unterausschuß), 5. Arbeitsgruppe (Außenhandel), 2. Bd., Berlin 1930, S. 164 f. (künftig „Enquete-Bericht“). Cekota, Antonín, *Geniální podnikatel Tomáš Baťa*, Toronto 1981, S. 258. Morgenzeitung und Handelsblatt vom 1. April 1928.

<sup>102</sup> Dvořáková, Eva, *Baťismus a Baťovci*, Gottwaldov 1960, S. 25; vgl. zur Konzernentwicklung allgemein auch: Lehár, Bohumil, *Dějiny Baťova koncernu (1894–1945)*, Prag 1960.

<sup>103</sup> Erdély, Eugen, *Baťa. Ein Schuster erobert die Welt*, Leipzig 1932, S. 69.

fahrtsstaatliche Elemente wie die standardisierten Häuser für die Belegschaft in der Gartenstadt Zlín, eine werkseigene Gesundheitsvorsorge und ein vielfältiges Unterhaltungsangebot bei<sup>104</sup>.

Ebenso groß wie Bat'a's Erfolge in der Produktion waren die im Absatz. Der 1920 gefaßte Entschluß, beschleunigt die Verkaufsorganisation auszubauen, hatte bis 1922 die Gründung von 122 Filialen zur Folge. Bis 1930 wurden insgesamt fast 770 Verkaufsstellen neu eingerichtet; 1937 besaß der Konzern in der ČSR über 2000 Läden<sup>105</sup>. Bat'a setzte auf den Verkauf hoher Stückzahlen zu Niedrigpreisen und schreckte auch vor kühnen, publikumswirksamen Aktionen zur Reduzierung seiner Preise nicht zurück<sup>106</sup>. Daß der Durchschnittspreis eines Paares Schuhe von 1922 bis 1931 von 220 auf 46 Kronen gesenkt werden konnte (obwohl der durchschnittliche Wochenlohn eines Facharbeiters im selben Zeitraum von 166 auf 514 Kronen stieg)<sup>107</sup>, war auch der rationellen Organisation des Vertriebs geschuldet: Bat'a konzentrierte den Verkauf auf einige wenige Modelle, für die extensiv Reklame betrieben wurde, für die Filialen errichtete er eine betriebseigene Bauabteilung in standardisierter Form, meist an günstigen zentralen Standorten, die Verkäufer waren gründlich geschult und verbesserten anhand detaillierter Absatzstatistiken laufend ihre Marktübersicht. Auch im Vertrieb wälzte Bat'a das Risiko auf die Angestellten ab: Die Filialleiter waren zum Absatz fester Kontingente innerhalb eines bestimmten Zeitraums verpflichtet und wurden bei Nichterfüllung des Solls mit Strafbüßen belegt<sup>108</sup>.

Die deutsche Schuhwirtschaft, mit 1100 Betrieben für die Herstellung von Straßenschuhen, 140 000 Beschäftigten und einer Produktion von 85 Millionen Paar (1927) einer der wichtigsten deutschen Gewerbebezüge<sup>109</sup>, hatte dem nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen; obwohl zum größten Teil fabrikmäßig produziert wurde – die handwerkliche Schuherstellung war bereits vor dem Krieg eine zu vernachlässigende Größe geworden –, blieb die Produktivität deutlich hinter der Bat'a's zurück. Die Mehrzahl der Betriebe fiel in die Größenklasse zwischen 11 und 50 Beschäftigten, die Zahl der Großunternehmen mit mehr als 1000 Beschäftigten betrug Ende der zwanziger Jahre nicht mehr als zehn<sup>110</sup>. Hatte die deutsche Schuhindustrie hinsichtlich des Maschineneinsatzes und der Umstellung auf Fließarbeit bis zum Ende der zwanziger Jahre auch beachtliche Erfolge erzielt, so bereitete der rasche Wandel der Mode, der die Lieferfristen verkürzte, die Serien verkleinerte,

<sup>104</sup> BA-P, RMWi 2897, Bericht (undat.) des US-Department of Commerce/Bureau of Foreign and Domestic Commerce über die tschechoslowakische Schuhindustrie; Erdély, Bat'a, S. 49 ff., S. 116 ff. und S. 137 ff.

<sup>105</sup> Cekota, Bat'a, S. 248 f.; Dvořáková, Bat'ismus, S. 29.

<sup>106</sup> Als 1922 die Krone aufgewertet wurde und deutsche Waren in der ČSR spottbillig wurden, reduzierte Bat'a seine Preise kurzerhand um die Hälfte; vgl. Erdély, Bat'a, S. 66 ff.

<sup>107</sup> Erdély, Bat'a, S. 105.

<sup>108</sup> Ebenda, S. 74 ff.

<sup>109</sup> Enquete-Bericht, S. 3, S. 8 f. und S. 321.

<sup>110</sup> Ebenda, S. 6 ff. und S. 17 ff.

rasche Produktionsumstellung und exakte Marktbeobachtung erforderlich machte, doch erhebliche Probleme. Der Absatz war in erster Linie auf den Binnenmarkt ausgerichtet, der Export von Lederschuhem betrug im Jahr 1927 nur 2,8 Prozent der Herstellungsmenge und sank zudem von 1922 bis 1926 um etwa zwei Drittel (von 7,1 auf 2,1 Millionen Paare)<sup>111</sup>. 1928 fiel die Produktion; die Arbeitslosigkeit, die 1927 bei den dem Reichsverband der Deutschen Schuhindustrie angeschlossenen Betrieben an die 9,5 Prozent betragen hatte, stieg bis 1929 deutlich an<sup>112</sup>. Die Krise war fast ausschließlich den ungenügenden Fortschritten bei der Rationalisierung der Produktion und der Flexibilisierung des Absatzes bzw. den Defiziten im Export geschuldet, während von einer nennenswerten Beeinträchtigung durch Importe kaum die Rede sein konnte: Obwohl die Zölle niedriger als vor dem Krieg waren, betrug 1928 die Einfuhren mit etwa 3 Millionen Paar doch nur etwa 3,6 Prozent des Verbrauchs. Sorge bereitete allerdings, daß der Außenhandelsüberschuß der Vorkriegszeit nach der Währungsstabilisierung schnell abnahm, daß die Importe, in erster Linie die aus der ČSR, schnell anstiegen (bei Lederschuhem von 104 000 Paaren im Jahr 1922 auf 1,6 Millionen im Jahr 1926) und daß der Anteil Bat'as an diesen im Jahr 1928 73 Prozent betrug<sup>113</sup>. Die Massenproduktion, die trotz der niedrigen Preise beschränkte Aufnahmefähigkeit des Binnenmarktes und der große Bedarf an Devisen für Rohstoffimporte verwiesen Bat'a auf den Export ins Reich, wo der Absatz sich zunächst auf den eingessenen Handel stützte: Bat'as Generalvertreter Walter Löwendahl vermittelte die Verbindung zu zehn Großhändlern, die 5000 bis 6000 Detaillisten belieferten; um Reibeflächen zu vermeiden, waren die Konsumgenossenschaften, die erbittert bekämpfte Konkurrenz des Einzelhandels, ausgeschlossen<sup>114</sup>.

Mit dieser Expansion war der Konflikt vorprogrammiert. Zunächst kaprizierten sich Bat'as Kontrahenten hier auf den Vorwurf des „Sozialen Dumping“, den aus „Fabrikabsolutismus“, Abwälzung des Unternehmerrisikos und „Schwitzsystem“ resultierenden Wettbewerbsvorteil<sup>115</sup>. Hintergrund der Klagen über Bat'as „Lohndrückerei“ war auch der in der deutschen Schuhwirtschaft auf 20–25 Prozent (gegenüber weniger als 20 Prozent vor dem Krieg) gestiegene Anteil der Löhne an den Produktionskosten<sup>116</sup>. Zwischen 1925 und 1928 forderten die deutschen Schuhproduzenten in Eingaben an das Reichswirtschaftsministerium mehrfach Schutz und schreckten auch nicht vor Versuchen zurück, nicht auf der Linie des Reichsverbands der deutschen Schuhindustrie liegende Presseorgane mit Hilfe der staatlichen Autorität zum Schweigen zu bringen. Daß der Enquete-Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft sich ausführlich des

<sup>111</sup> Ebenda, S. 9 und S. 157 ff.; Schuhfabrikanten-Zeitung vom 7. September 1927.

<sup>112</sup> Enquete-Bericht, S. 4; James, Harold, *The German Slump*, Oxford 1986, S. 158.

<sup>113</sup> Enquete-Bericht, S. 9, S. 155, S. 160 ff. und S. 310 ff.; Schuhfabrikanten-Zeitung vom 7. September 1927.

<sup>114</sup> Aussage Löwendahls vor dem Enquete-Ausschuß, in: Enquete-Bericht, S. 204, S. 206 f. und S. 209.

<sup>115</sup> Ausführlich wurden diese Vorwürfe erörtert im Enquete-Ausschuß, vgl. ebenda, S. 168 ff.

<sup>116</sup> James, *German Slump*, S. 196.

Bat'a-Systems annahm, muß ebenfalls im Rahmen dieser „Anti-Dumping-Kampagne“ verortet werden<sup>117</sup>.

Die Triftigkeit der Argumente in dieser ausgedehnten, in Denkschriften an die Adresse des Reichswirtschaftsministeriums, vor den Gerichten und in der Presse ausgefochtenen, durch Bat'as Gegenvorstellungen immer wieder angefachten Auseinandersetzung<sup>118</sup> ist in unserem Zusammenhang nicht von Belang. Orientierte sich Bat'as Verteidigungsstrategie in erster Linie an der Widerlegung des Dumping-Vorwurfs, so konnte er daneben auch die Bedürfnisse der Verbraucher und den Nutzen, den die deutsche Wirtschaft aus seinen Maschinen- und Rohmaterialimporten zog, für sich ins Feld führen; die Handelsbilanz seines Unternehmens mit dem Reich sei, wie er im Oktober 1925 betonte, entgegen allem Anschein eigentlich passiv<sup>119</sup>. Eine Reihe gerichtlicher Auseinandersetzungen mit seinen Gegnern konnte der tschechische Industrielle allerdings nicht zu seinen Gunsten entscheiden: In dem gegen die Redakteure Trefflich und Prill vom Organ des Zentralverbands der Schuhmacher bzw. des Reichsverbands der Deutschen Schuhindustrie angestregten Verfahren untersagte das Landgericht Berlin I mit Urteil vom 12. Juli 1928 den Beklagten zwar die Anschuldigung der „Schmutz- und Schleuderkonkurrenz“ und der „brutalen Behandlung der Arbeiter“, hatte gegen den Vorwurf des „sozialen Dumping“ jedoch nichts einzuwenden<sup>120</sup>. Ebenfalls 1928 erhob Bat'a gegen die von dem Schriftsteller Rudolf Phillipp publizierte Schmähchrift „Der unbekannte Diktator“ Klage wegen unlauteren Wettbewerbs und Kreditschädigung. Erkannte das Landgericht Berlin I am 13. November 1928 diese Vorwürfe auch als berechtigt an und untersagte die weitere Verbreitung des Werkes, so schränkte das Kammergericht Berlin am 15. Juli 1929 das Verbot doch auf einige wenige Passagen des Textes ein<sup>121</sup>. Im September

<sup>117</sup> BA-P, RWMi 2894, Bat'a an RMWi am 20. Oktober 1925. Ebenda, RMWi 2895/1, Bat'a an RMWi am 13. Februar 1928. Der Reichsverband wurde beim Reichswirtschaftsministerium vorstellig mit der Forderung, man solle gegen die Deutsche Allgemeine Zeitung, die Bat'as Replik auf die gegen ihn erhobenen Vorwürfe einfach referierend wiedergegeben hatte, „das Geeignete“ unternehmen. Über den Erfolg dieser Bemühungen ist nichts bekannt; vgl. Deutsche Allgemeine Zeitung vom 26. Februar 1928 und BA-P, RMWi 2895/2, Reichsverband an RMWi am 29. Februar 1928; Ebenda, RMWi 2896, Protokoll der 157. Sitzung der 5. Arbeitsgruppe des Ersten Unterausschusses des Enquete-Ausschusses vom 10. Oktober 1928; Enquete-Bericht, bes. S. 168 ff.

<sup>118</sup> Vgl. etwa BA-P, RMWi 2894, Bat'a an RMWi am 20. Oktober 1925; Bat'a an RMWi am 13. Februar 1928 und Stellungnahme des Konsulats Brünn zu einer Denkschrift Bat'as für die Reichsregierung vom Oktober 1927, am 23. November 1927 vom Auswärtigen Amt an das Reichswirtschaftsministerium übersandt, in: Ebenda, RMWi 2895/1.

<sup>119</sup> Eingabe Bat'as an das Reichswirtschaftsministerium vom 20. Oktober 1925 mit einer Aufstellung über die Importe Bat'as aus dem Reich in der Anlage, in: Ebenda.

<sup>120</sup> Phillipp, Rudolf, Der unbekannte Diktator. Thomas Bat'a, Wien/Berlin 1928, S. 403 f. Eine detaillierte Darlegung der Vorwürfe gegen Bat'a im Schriftsatz des Anwalts von Prill und Trefflich vom 2. April 1928, in: BA-P, RMWi 2895/2.

<sup>121</sup> Zu Phillipp's Buch vgl. die vorhergehende Anm.; BA-P, RMWi 2896, Abschrift des Urteils der 21. Zivilkammer des Landgerichts I Berlin vom 13. November 1928; Ebenda, RMWi 2897, Urteil des 10. Zivilsenats des Kammergerichts Berlin vom 15. Juli 1929.



1930 wurde das Buch auf der Internationalen Lederschau in Berlin an einem besonderen Stand angeboten<sup>122</sup>.

Bundesgenossen gegen Bat'a fand die Industrie in Gewerkschaften und Linksparteien. Die Internationale Gewerkschaftsbewegung veranlaßte das Internationale Arbeitsamt in Genf zu einer Untersuchung der Arbeitsbedingungen in Zlín; Philipp Buch war von der KPD, deren Vorwürfe sich nahtlos mit denen der Schuhfabrikanten deckten, angeregt worden<sup>123</sup>. Die „Weltbühne“, die Bat'a's autoritärem Kapitalismus durchaus distanziert gegenüberstand – er kaufe den Arbeitern die Kritikfähigkeit durch Liebesgaben ab und stelle sie ansonsten „stramm unter Kuratel“ –, kommentierte im April 1928 denn auch ironisch die kuriose Einheitsfront von Unternehmer- und Arbeiterpresse gegen den „tschechischen Ausbeuter“, der die „menschenfreundliche Kritik“ der Fabrikanten den Boden bereitet habe<sup>124</sup>. Offensichtlich mißlungen ist hingegen der Versuch, die Verbraucher gegen Bat'a zu mobilisieren: Abgesehen davon, daß der Dumping-Vorwurf von einer Interessengruppe vorgetragen wurde, der im Normalfall nicht allzuviel Sensibilität für soziale Belange nachzusagen war, waren es eben die billigen Preise und die Qualität, deretwegen die Käufer Bat'a's Schuhe attraktiv fanden. Hierauf deuteten nicht nur die steigenden Absatzziffern hin; als Bat'a sich bereit fand, seine Waren mit einem Herkunftshinweis auszuzeichnen, wandte sich bezeichnenderweise der Reichsverband der Deutschen Schuhhändler gegen einen solchen indirekten Boykott, denn offenkundig wurde befürchtet, ein Markenzeichen werde, wie im berühmten Präzedenzfall des „Made in Germany“, Bat'a's Umsätze eher noch steigern<sup>125</sup>.

Da der Siegeszug des tschechoslowakischen Industriellen auf diese Weise nicht zu stoppen war, verlegten sich die deutschen Schuhfabrikanten, ursprünglich freihändlerisch eingestellt<sup>126</sup>, bald auf die Forderung nach einer Anhebung der Schuhzölle; wiewohl allgemein gehalten, zielte diese doch offensichtlich auf eine „Lex Bat'a“. Weil die Schuhzölle in verschiedenen Handelsverträgen des Reichs, an erster Stelle dem mit Frankreich, fixiert waren und aufgrund der im Vertrag von 1920 verankerten Meistbegünstigung auch für die ČSR galten<sup>127</sup>, verlangte der Reichsverband der Deutschen Schuhindustrie im Mai 1928 unter Hinweis auf die steigende Arbeitslosigkeit in der Branche<sup>128</sup> zunächst, die günstigen Finanzierungsmöglichkeiten für

<sup>122</sup> BA-P, RMWi 2900, Mitteilung im Schreiben des Reichsverbands der Deutschen Schuhindustrie an den Regierungspräsidenten in Oppeln am 15. Januar 1931.

<sup>123</sup> Erdély, Bat'a, S. 168. Die Ergebnisse der Untersuchung liegen vor in: Devinet, Paul, Die Arbeitsbedingungen in einem rationalisierten Betrieb, Genf 1930 (Hrsg. vom Internationalen Arbeitsamt). Cekota, Bat'a, S. 257 f.

<sup>124</sup> Handel und Wandel. Soziales Dumping, von „Morus“, in: Die Weltbühne vom 24. April 1928, S. 650.

<sup>125</sup> Darstellung des gesamten Vorgangs in BA-P, RMWi 2896, Bat'a an das Preußische Handelsministerium am 12. Februar 1929.

<sup>126</sup> Enquete-Bericht, S. 310.

<sup>127</sup> Prager Presse vom 21. Oktober 1927.

<sup>128</sup> Im März 1928 waren 10 Prozent der deutschen Schuharbeiter ohne Beschäftigung, 31 Prozent arbeiteten kurz: BA-P, RMWi 2895/2, Reichsverband der Deutschen Schuhindustrie an Reichswirtschaftsministerium am 8. Mai 1928.

tschechoslowakische Schuhimporte zu beschneiden<sup>129</sup>. Zur Debatte stand darüber hinaus die Kontingentierung der Schuhereinfuhr, eine Forderung, der sich der Großhandel, obwohl prinzipiell immer noch freihändlerisch gesinnt, aus Solidarität anschloß<sup>130</sup>. Ende April 1929 plädierte der handelspolitische Ausschuß des Reichstags für einen – wenn auch befristeten – Zollschutz, der der Schuhindustrie Spielräume für die Rationalisierung verschaffen sollte<sup>131</sup>. Rückhaltlos stellten sich in mehreren Reichstagsdebatten im Juni und im Dezember 1929 DVP und DNVP<sup>132</sup> hinter diesen Antrag; insbesondere die DNVP verwarf unbedingt „handelspolitischen Pazifismus“<sup>133</sup>. Da Pirmasens, im linksrheinischen Bayern gelegen, zu den wichtigsten Standorten der deutschen Schuhproduktion zählte, schloß sich die Bayerische Volkspartei diesem Standpunkt an<sup>134</sup>. In die Koalition reihte sich mit der Forderung nach „Schutz der nationalen Arbeit“ auch die NSDAP ein, deren Autarkieprogramm zwar erst nach 1930 ausformuliert wurde<sup>135</sup>, deren Gedankenwelt aber bereits vorher handelspolitischer Liberalismus fernlag. Hinzu kam, daß die Partei, die vor 1933 prononciert als Vertreter der kleinen Gewerbetreibenden gegen das „Großkapital“ auftrat, hier eine Gelegenheit sah, sich als Schutzmacht des Handwerks gegen einen prominenten Vertreter des „ausländischen Finanzkapitals“ zu profilieren<sup>136</sup>. Gegen die Zollerhöhung sprachen sich die Linksparteien aus: Die SPD verschloß zwar nicht ihre Augen vor der hohen Arbeitslosigkeit in der Branche, hielt eine die Preise steigernde Zollerhöhung aber nicht für ein probates Gegenmittel<sup>137</sup>. Am schärfsten aber polemisierte die KPD gegen den Versuch, die Lasten

<sup>129</sup> Erläuterung der technischen Details dieses Finanzierungsmodus im Schreiben des Reichsverbands an das Reichswirtschaftsministerium, in: Ebenda.

<sup>130</sup> Enquete-Bericht, S. 311 f. Stellungnahmen des Vertreters des Reichsverbands der deutschen Schuhindustrie und des Vorsitzenden des Verbandes Deutscher Schuhwarengroßhändler, in: Ebenda, S. 314 f.

<sup>131</sup> Verhandlungen des Deutschen Reichstags, 4. Wp. 1928 (künftig VDR, 4. Wp/1928) Bd. 435, Anlage 997, Mündlicher Bericht des 7. Ausschusses vom 30. April 1929. Anstoß gewesen war ein Antrag vom 24. Januar 1929, der Zollschutz vor allem gegen die Schuhwaren aus der ČSR forderte. Vgl. VDR, 4. Wp/1928, Bd. 433, Anlage 747, Mündlicher Bericht des 19. Ausschusses vom 24. Januar 1929.

<sup>132</sup> VDR, 4. Wp/1928, Bd. 424, S. 2060, 76. Sitzung des Deutschen Reichstags vom 4. Juni 1929, Abgeordneter Lejeune-Jung (DNVP); ebenda, S. 2921, 95. Sitzung des Deutschen Reichstags vom 25. Juni 1929, Abg. Zapf (DVP).

<sup>133</sup> Ebenda, Bd. 426, S. 3710 f., 120. Sitzung des Deutschen Reichstags vom 19. Dezember 1929, Abg. Rademacher (DNVP). Der Reichsverband bedankte sich ausdrücklich bei Hugenberg für die Rückendeckung; vgl. BA-P, RMWi 2898, Reichsverband der Deutschen Schuhindustrie an Hugenberg am 20. Januar 1930.

<sup>134</sup> VDR, 4. Wp/1928, Bd. 426, S. 3694 f., 120. Sitzung des Deutschen Reichstags vom 19. Dezember 1929, Abg. Gerauer (BVP).

<sup>135</sup> Vgl. zum Hintergrund Volkmann, Hans-Erich, Das außenwirtschaftliche Programm der NSDAP 1930–1933, in: Archiv für Sozialgeschichte 17 (1977), S. 251–274.

<sup>136</sup> VDR, 4. Wp/1928, Bd. 425, S. 2926, 95. Sitzung des Deutschen Reichstags vom 25. Juni 1929, Abg. Feder (NSDAP).

<sup>137</sup> Ebenda, S. 2926 f., 95. Sitzung des Deutschen Reichstags vom 25. Juni 1929, Abg. Simon (SPD).

eines „allgemeine(n) Zollwetttrüsten(s) der imperialistischen Staaten“ auf die arbeitende Masse abzuwälzen. Bat'a sei zwar ein Ausbeuter, eigentliche Ursache der Krise sei aber die niedrige Massenkaufkraft; die Großbetriebe hätten, zu Lasten der Arbeiter, die Rationalisierung recht gut bewältigt und machten glänzende Gewinne<sup>138</sup>. Unbeeindruckt von diesen Argumenten erhöhte der Reichstag jedoch die Einfuhrbelastung für mittelschweres Schuhwerk von 120 Mark auf 280 Mark pro Doppelzentner; der Zollsatz für leichtes Schuhwerk wurde (allerdings nur für nicht meistbegünstigte Länder) von 180 auf 420 Mark angehoben. In Prozent des Wertes ausgedrückt, stiegen die Zollsätze je nach Schuhart damit zwischen 8 und 21 Prozent<sup>139</sup>. Ohne Wirkung war geblieben, daß Bat'a – dessen freihändlerische Einstellung nach eigenem Bekunden so weit ging, daß er sogar die tschechoslowakischen Schuhzölle, die ihm den Stimulus der amerikanischen Konkurrenz vorenthielten, abgeschafft wissen wollte – durch seinen Generalvertreter Löwendahl der deutschen Schuhindustrie den Rat „arbeiten, arbeiten, und zwar mit Verstand“ erteilt, auf unausgeschöpfte Möglichkeiten der Rationalisierung und Spezialisierung und auf die – bei dem großen Bedarf – objektiv gar nicht so schlechten Chancen der deutschen Schuhproduzenten hingewiesen hatte<sup>140</sup>. Dasselbe galt für die Versuche, die deutsche Presse zu seinen Gunsten zu mobilisieren<sup>141</sup>.

Bereits im Vorfeld der Zollerhöhung, offensichtlich auch, um dieser zuvorzukommen<sup>142</sup>, hatte Bat'a die Gründung eigener Filialen in Deutschland ins Auge gefaßt. Wie Löwendahl, Sprachrohr seines Herrn, vor dem Enquete-Ausschuß darlegte, war der von der Errichtung eigener Verkaufsstellen zu erwartende Rationalisierungseffekt geeignet, eine steigende Zollbelastung aufzufangen. Ebenfalls nicht ausschließen wollte der deutsche Generalvertreter die Gründung einer eigenen Fabrik – „obwohl es für beide Parteien eine harte Nuß wäre“<sup>143</sup>. Zur Vorbereitung der Offensive gehörte eine Annonce in der sudetendeutschen Presse im Juli 1929, in der für die Ausbildung in Zlin junge Sudetendeutsche mit perfekten Deutschkenntnissen gesucht wurden; der Reichsverband erblickte hierin, wohl nicht zu Unrecht, den Beginn der Rekrutierung des Personals für die deutsche Absatzorganisation<sup>144</sup>. Die Pläne für die Verlagerung der Fertigung sahen eine Produktion von 1,5 Millionen

<sup>138</sup> Ebenda, S. 2921 ff., 95. Sitzung des Deutschen Reichstags vom 25. Juni 1929, Abg. Hoernle und Stoecker (KPD); ebenda, Bd. 426, S. 3599 f., 117. Sitzung des Deutschen Reichstags vom 16. Dezember 1929, Abg. Hoernle (KPD); ebenda, S. 3685, 120. Sitzung des Deutschen Reichstags vom 19. Dezember 1929, Abg. Hoernle (KPD).

<sup>139</sup> Enquete-Bericht, S. 310 ff.

<sup>140</sup> Aussage Löwendahls vor dem Enquete-Ausschuß über seine eigene Einstellung und die Bat'as, in: Ebenda, S. 211 ff.

<sup>141</sup> So hatte er etwa im Januar 1928 anlässlich des Besuchs einer Reihe zentrumsnaher reichsdeutscher Journalisten in Zlin eine Rede gegen die Einführung von Schuhzöllen gehalten; vgl. Tribuna vom 22. Januar 1928 und Phillipp, Diktator, S. 31 ff. und S. 384 ff.

<sup>142</sup> So die Vermutung im Deutschen Volkswirt vom 19. April 1929.

<sup>143</sup> Aussage Löwendahls vor dem Enquete-Ausschuß, in: Enquete-Bericht, S. 211.

<sup>144</sup> Das Inserat in der Warnsdorfer Zeitung vom 28. Juli 1929. BA-P, RMWi 2897, Reichsverband der Deutschen Schuhindustrie an Reichswirtschaftsministerium am 7. August 1929.

Paar jährlich vor, die zum Teil weiter exportiert werden sollte<sup>145</sup>. Die Ausdehnung über die Grenze hinweg begann im Frühjahr 1929 mit der Übernahme der Romeo-Kette, einer Vertriebsgesellschaft mit 15 Verkaufsstellen<sup>146</sup>; bis Januar 1930 wurden insgesamt 23 Filialen auf deutschem Boden gegründet<sup>147</sup>.

Nachdem Bat'a einer Expansion ins Reich kurz zuvor noch eine ausdrückliche Absage erteilt hatte, war dies für die Betroffenen ein schwer verdaulicher Überraschungscoup<sup>148</sup>. Daß es sich, wie auch einflußreiche Pressesstimmen betonten, hier um ein einseitiges Abgehen von der bisherigen Geschäftsgrundlage und einen Bruch des Grundsatzes von Treu und Glauben handelte<sup>149</sup>, konnte der Schuhindustrie aber nicht einmal so ungelegen kommen: Immerhin bot sich nun die Chance, den Handel, der bis dahin weitgehend Distanz gewahrt hatte, in eine Einheitsfront einzubinden. Mit einer gewissen Genugtuung rechnete die Schuhindustrie vor, nun sei eingetreten, wovon man immer schon gewarnt habe: Der Handel habe sich „einlullen“ lassen und „selbst durch Einführung von Bat'as Erzeugnissen dabei mitgeholfen, dem tschechoslowakischen Schuhfabrikanten das Bett zu machen, in das dieser sich jetzt bequem legen kann“. Angesagt sei nun eine „Schicksalsgemeinschaft“ der gesamten deutschen Schuhwirtschaft gegen den Invasoren<sup>150</sup>. Einem solchen Bündnis leistete Vorschub, daß der mittelständische Handel, der bis in die späten zwanziger Jahre weitgehend liberal eingestellt gewesen war, mit dem Rückgang der Umsätze und der Verschärfung des Wettbewerbs in der Krise seine Existenz durch Warenhäuser und Filialketten mehr und mehr bedroht sah und sich von der Gewerbefreiheit abwandte<sup>151</sup>.

Der im Frühjahr 1929 – nun unter tatkräftiger Beteiligung des Handels – einsetzende Boykott bediente sich mit der Unterstellung, Bat'as Schuhe kämen aus einem Land, das „das Deutschtum unterdrücke“, offenkundig der Waffen aus dem Arsenal des Volkstumskampfs. Im April rief der Handel zum Verzicht auf den Kauf von Bat'a-Schuhen auf und rechnete vor, von den für Schuhkäufe in die Tschechoslowakei fließenden Summen könnten im Reich 14000 Arbeiter ein Jahr lang beschäftigt werden; deklariert war dieser Appell nicht zuletzt als Antwort auf die „antideut-

<sup>145</sup> Der Deutsche Volkswirt vom 19. April 1929.

<sup>146</sup> Schuhfabrikanten-Zeitung vom 17. April 1929.

<sup>147</sup> Deutscher Handelsdienst vom 17. Januar 1930.

<sup>148</sup> Hamburger Fremdenblatt vom 30. April 1930.

<sup>149</sup> Vossische Zeitung vom 18. April 1929.

<sup>150</sup> Schuhfabrikanten-Zeitung vom 17. April 1929.

<sup>151</sup> Zahlen speziell für den Schuhhandel waren nicht zu ermitteln. Der deutsche Handel insgesamt hatte zwischen 1928 und 1932 einen Umsatzrückgang von mehr als einem Drittel zu verzeichnen. Vgl. zum Hintergrund Winkler, Heinrich August, *Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik*, Köln 1972, passim, bes. S. 31 ff. und S. 140 ff.; Lebovics, Herman, *Social Conservatism and the Middle Classes in Germany, 1914–1933*, Princeton/N. J. 1969, S. 13 ff.; Tiburtius, Joachim, *Wirtschaftspolitische Probleme des Einzelhandels*, in: Seyffert, Rudolf (Hrsg.), *Handbuch des Einzelhandels*, Stuttgart 1932, S. 796–811.

schen“ „politischen Maßnahmen der Tschechoslowakei“<sup>152</sup>. 1930 mündete die Kampagne in den Tonfilmboykott, wurde aber auch nach dessen Abebben fortgesetzt, als der am 11. August 1931 in Wien eröffnete Internationale Kongreß des Verbands der Schuhindustriellen unter deutscher Führung weitere Zollerhöhungen forderte<sup>153</sup>. Schützenhilfe leisteten Rechtspresse und der Sudetendeutsche Heimatbund, der bereits vor Beginn der Filialgründungswelle verschiedenen Schuhfirmen seine Unterstützung angeboten und zum Teil auch namhafte Beträge erhalten hatte<sup>154</sup> und der nun wiederholt zum Boykott aufrief<sup>155</sup>. Der nationalsozialistische „Freiheitskampf“ diffamierte Bat'a als „Schuhjuden“, die Dresdner Rundschau brandmarkte den Kauf tschechoslowakischer Schuhe als „Landesverrat“ und prangerte Hausbesitzer an, die an Bat'a vermieteten<sup>156</sup>. Im Oktober 1931 schürten agents provocateurs anlässlich der Eröffnung einer Reparaturwerkstätte und zweier Filialen im Zentrum von Berlin Unruhe und verteilten Flugblätter<sup>157</sup>. Goebbels' „Angriff“ polemisierte gegen Stadtverwaltungen, die Bat'a eine Handelserlaubnis gewährten, sowie gegen eine „undeutsche“ Presse, die die Aufnahme von Inseraten Bat'as nicht ablehnte<sup>158</sup>. „Abwehrausschüsse“ des Handels wurden gegründet, und einzelne Häuser hielten es für nötig, sich öffentlich gegen den Vorwurf zu verwehren, sie führten Bat'a-Schuhe<sup>159</sup>.

Die Einrichtung moderner Reparaturbetriebe, wie sie schon in der ČSR die Schuster in die Defensive gedrängt hatten<sup>160</sup>, brachte nun auch das Handwerk, das sich schon seit längerem in die Anti-Dumping-Kampagne der Industrie eingeschaltet hatte<sup>161</sup>, verstärkt gegen Bat'a auf. War die Lage des Kleingewerbes in den zwanziger Jahren allgemein prekär, so hatten insbesondere die überfüllten Massenhandwerke, nicht zuletzt die Schuster, unter der Konkurrenz der Industrie zu leiden. Daß mit der „Panik des Mittelstands“ in der Weltwirtschaftskrise auch die vergleichsweise rationell arbeitenden Großbetriebe des Reparaturgewerbes ins Visier gerieten, zeigt das wenig später von Handwerk und Einzelhandel durchgesetzte

<sup>152</sup> Sonderdruck der Schuhhändler-Zeitung vom 5. April 1929. Gleichzeitig wurde bei den Fachfirmen eine Umfrage zur Erkundung der Stimmung im deutschen Schuhhandel gestartet, in: BA-P, RMWi 2897, 6. April 1929.

<sup>153</sup> Cekota, Bat'a, S. 258.

<sup>154</sup> PA, R 60227, Bericht des Auswärtigen Amtes, ungez., undat. (ca. August 1933), über die Information seitens eines „zuverlässigen Vertrauensmannes“.

<sup>155</sup> AFMZV, sekce IV, kr. 551, obal 6, Abschrift eines Flugblattes vom 20. Januar 1931.

<sup>156</sup> Ebenda, kr. 1081, Generalkonsulat Dresden an Außenministerium Prag am 9. April 1931; Dresdner Rundschau vom 11. April 1930.

<sup>157</sup> AFMZV, sekce IV, kr. 1081, Generalkonsulat Berlin an Außenministerium Prag am 3. Oktober 1931.

<sup>158</sup> Ebenda, Gesandtschaft Berlin an Außenministerium Prag am 1. September 1931, mit dem Artikel aus dem „Angriff“ vom 29. August 1931 in der Anlage.

<sup>159</sup> Münchner Neueste Nachrichten vom 23. November 1931; Völkischer Beobachter vom 24. November 1931.

<sup>160</sup> Handwerkerzeitung, Amtsblatt der Handwerkskammer Berlin vom 15. Oktober 1930.

<sup>161</sup> Schuhfabrikanten-Zeitung vom 7. September 1927.

Verbot der Neuerrichtung solcher Werkstätten in Warenhäusern<sup>162</sup>. Da das Schusterhandwerk einen guten Teil seines Einkommens aus dem Schuhhandel bezog, wurden in den Augen der Handwerker auch Bat'a's Handelsaktivitäten zum Ärger; bezeichnenderweise forderten im März 1932 die badischen Handwerkskammern eine gesetzliche Handhabe zur Untersagung speziell ausländischer Filialbetriebe<sup>163</sup>. Auf einer Anti-Bat'a-Versammlung des Schuhhändlerverbandes Südbayern im Herbst 1931 etwa waren auch der Bayerische Schuhmacherbund und die Schuhmacherinnung München vertreten<sup>164</sup>. Bat'a sah sich nun also einer geschlossenen Front der deutschen Schuhwirtschaft gegenüber, gegen die auch von den Behörden wenig Unterstützung zu erwarten war, denn diese zeigten sich, einem Bericht etwa des Dresdner Generalkonsulats zufolge, unwillig, einzuschreiten<sup>165</sup>. Das Auswärtige Amt ließ sich im Dezember 1931 zwar zu einer Mißbilligung der Aktivitäten des Handwerks herbei, argumentierte jedoch, diese seien gegen Großbetriebe generell gerichtet und zudem als Akt der „internationalen Solidarität“ gerechtfertigt<sup>166</sup>. Entsprechend es auch den Tatsachen, daß in der Tschechoslowakei die Schuhmacher Protestversammlungen gegen Bat'a organisierten<sup>167</sup>, so mutete diese Stellungnahme doch gewunden an; berechtigt war die Kritik der Berliner Gesandtschaft, das Ministerium nehme die angesprochenen Vorfälle nicht ernst, interveniere andererseits aber bei jedem leisesten Anzeichen des Boykotts deutscher Waren in der ČSR<sup>168</sup>.

Die „Erfolge“ der Kampagne lassen sich kaum präzisieren, da sie von den Auswirkungen der Zollerhöhung bzw. der krisenbedingten Abnahme der Massenkaufkraft nicht zu trennen sind. Skeptisch stimmt aber, daß die tschechoslowakischen Schuhexporte ins Reich – gemessen am Wert – bereits von 1928 auf 1929 beträchtlich, nämlich um mehr als 23 Prozent, zurückgegangen waren<sup>169</sup>, so daß Bat'a sich gezwungen sah, in einer weiteren Offensive neue Märkte, diesmal in Übersee, zu erschließen<sup>170</sup>. Daß, wie die Gewerkschaften bereits vor dem Enquete-Ausschuß

<sup>162</sup> Vgl. zum Hintergrund Keller, Bernhard, *Das Handwerk im faschistischen Deutschland*, Köln 1980, S. 28 ff.; das Errichtungsverbot wurde verfügt im Gesetz zum Schutze des Einzelhandels vom 12. Mai 1933, RGBl. I, S. 262 ff.

<sup>163</sup> AFMZV, sekce IV, kr. 1081, Beschwerde Bat'a's an Gesandtschaft Berlin vom 3. März 1932.

<sup>164</sup> Münchner Neueste Nachrichten vom 15. Oktober 1931.

<sup>165</sup> AFMZV, sekce IV, kr. 1081, Generalkonsulat Dresden an Außenministerium Prag.

<sup>166</sup> Verbalnote des Auswärtigen Amtes vom 10. Dezember 1931, von der Gesandtschaft Berlin an Außenministerium Prag übermittelt am 11. Dezember 1931, in: Ebenda.

<sup>167</sup> Das Handwerk konnte hier vor allem auf die tschechische Gewerpartei setzen; vgl. Erdély, Bat'a, S. 164 ff. Zu den 1928 abgehaltenen Protestversammlungen vgl. *Sudetendeutsche Zeitung* vom 24. Januar 1928.

<sup>168</sup> AFMZV, sekce IV, kr. 1081, Gesandtschaft Berlin an Außenministerium Prag am 11. Dezember 1931.

<sup>169</sup> Enquete-Bericht, S. 164 f.

<sup>170</sup> Einige für den Export in Europa arbeitende Abteilungen wurden geschlossen, andere, für den Export nach Asien und Afrika, dagegen erweitert. Vgl. Cekota, Bat'a, S. 360. Ein Indiz für die Umorientierung war 1930 der Aufkauf des zweitgrößten Schuhkonzerns der Republik, Busi, der vor allem die auf den Märkten in Asien und Amerika gefragten Flechtschuhe herstellte; vgl. *Tagesbote (Brünn)* vom 6. März 1931.

dargelegt hatten, ein Boykott geringe Aussichten auf Erfolg habe, da der deutsche Arbeiter, ja der Verbraucher überhaupt eben „nach Preis“ kaufe<sup>171</sup>, traf a fortiori im Fall Bat'a zu, dessen Zielgruppe in erster Linie die weniger kaufkräftigen Schichten waren. Offenkundig inspirierte derselbe Sachverhalt auch die Kritik des Handels an der „Disziplinlosigkeit des deutschen Verbrauchers“, insbesondere der der Frauen<sup>172</sup>.

Ebenso wie die Absatzoffensive begegnete auch die Verlagerung der Produktion ins Reich erbittertem Widerstand. 1929 scheiterte der Erwerb eines gewichtigen Aktienpakets der Stuttgarter Schuhfabrik Hau Eisen durch Bat'a am Unwillen des Unternehmens, in Verhandlungen einzutreten; die deutsche Schuhindustrie tat diesen Anlauf als durchsichtigen „Anbiederungsversuch“ im Vorfeld der Verhandlungen des Reichstags über die Zollfrage ab<sup>173</sup>. Antwort auf ein Ansiedlungsprojekt im pfälzischen Pirmasens war im September 1930 ein von der Bayerischen Volkspartei unterstützter Aufruf der Christlichen Gewerkschaften gegen den Ausverkauf „deutschen Grund und Bodens“. Die Ursachen von Bat'as Mißerfolg sind in diesem Fall nicht im Einzelnen ersichtlich; Brüning's an die Adresse der BVP gerichtete Zusicherung, die preußische wie die Reichsregierung seien gewillt, „die Interessen der beteiligten Kreise“ zu wahren, deutet aber auf eine Intervention der Behörden hin<sup>174</sup>.

Die in dem zitierten Appell der Gewerkschaften anklingende völkische Note war keine vereinzelte Erscheinung; auch in den Auseinandersetzungen um weitere Ansiedlungsprojekte instrumentalisierte die Agitation latente Ängste vor „tschechischer Überfremdung“. Dem leistete, vor allem im bayerischen und sächsischen Grenzland, Vorschub, daß an die Stelle des vertrauten österreichischen nach 1918 ein slawischer Nachbar getreten war; auch die leisesten Anzeichen einer wirtschaftlichen Expansion über die Grenze hinweg wurden aus diesem Grund mit Unbehagen zur Kenntnis genommen. Hinter offensichtlich isolierten Einzelfällen wie etwa dem Projekt des Erwerbs einer Glasfabrik durch einen tschechischen Unternehmer sah das Bayerische Staatsministerium des Äußern 1928 eine zielstrebige Absicht des „Tschechentums“, sich im Grenzland „festzusetzen“ am Werke<sup>175</sup>. Besonderes Augenmerk widmeten die Behörden der Vergabe von Kleindarlehen an bayerische

<sup>171</sup> Enquete-Bericht, S. 316.

<sup>172</sup> So etwa der Schuhhändler-Verband Südbayern; vgl. Münchener Zeitung vom 13. Oktober 1931.

<sup>173</sup> BA-P, RMWi 2898, Reichsverband der deutschen Schuhindustrie an Hugenberg am 20. Januar 1930.

<sup>174</sup> Bundesarchiv, Abteilung Koblenz (künftig BA-K), R 43/1-151, Entschließung der christlichen Gewerkschaften vom 2. September 1930, von der BVP/Bezirk Pirmasens am 3. September 1930 an Reichskanzler Brüning übersandt. Brüning an BVP/Bezirksvorsitzenden Pirmasens am 22. Oktober 1930, in: Ebenda.

<sup>175</sup> Bayerisches Hauptstaatsarchiv (künftig BayHStA), Akten des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft (künftig MWi) 2821, Bayerisches Staatsministerium des Äußern an Präsidium der Regierung von Niederbayern am 7. November 1928. Vgl. zum Hintergrund auch die Ausführungen bei Jaworski, Rudolf, Grenzlage, Rückständigkeit und nationale Agitation: Die „Bayerische Ostmark“ in der Weimarer Republik, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 41 (1978), S. 241–270, bes. S. 256 ff.

Bauern, hinter der man das Vorhaben Prags witterte, die Landwirtschaft finanziell abhängig zu machen und „deutschen Boden“ an sich zu reißen<sup>176</sup>. Auch hinter dem Auslandsengagement der tschechoslowakischen Finanzwelt – größere Beteiligungen gab es vor allem in der mittel- und ostdeutschen Braunkohle, der oberschlesischen Steinkohle und Montanindustrie<sup>177</sup> – argwöhnten breite Kreise von Prag gesteuerte Expansionspläne. Auf diese Ängste warf im Frühjahr 1930 die „Petschek-Affäre“ ein grelles Schlaglicht: Der Industrielle Petschek hatte Beneš in einem Handschreiben angeblich „Vollzugsmeldung“ über den Erwerb der deutschen Braunkohlengrube „Ilse“ erstattet<sup>178</sup>. Die in der Öffentlichkeit heiß diskutierte Frage, ob es sich bei diesem Brief um eine Fälschung persönlicher Feinde Petscheks, eines Finanzmagnaten von internationalem Format ohne erkennbare nationale Affinitäten, handelte, ist in unserem Zusammenhang ohne Belang; deutlich machte die Affäre auf jeden Fall, daß tschechoslowakische Investitionen im Reich für die deutsche öffentliche Meinung ein hochsensibles Politikum darstellten. Ähnliches galt für die Beschäftigung tschechoslowakischer Arbeitskräfte: 1931 warnte etwa die Kreishauptmannschaft Bautzen vor der Bildung tschechischer Kolonien, die angeblich Verbindung zu den Wenden und Polen aufzunehmen und Oberschlesien vom Reich abzuschneiden drohten<sup>179</sup>.

Daß Bat'as Verhandlungen mit dem preußischen Fiskus um den Kauf des Staatsforstes Klodnitz in Oberschlesien prompt in den Ruch solcher „Expansionsbestrebungen“ gerieten, nimmt nicht wunder. Eine im September 1930 dem Preußischen Handelsministerium vorgelegte, sowohl von den Arbeitgebern als auch den Gewerkschaften, vom Handwerk und Handel unterstützte Petition bekundete großes Befremden, daß Bat'a gestattet sein sollte, in dem geplanten Klodnitzer Werk bis zu zehn Prozent tschechoslowakische Staatsangehörige zu beschäftigen; daß die Verweildauer der ausländischen Arbeitskräfte auf ein Jahr zu befristen sei und sie aus der deutschen Minderheit in der ČSR zu rekrutieren seien, wurde auf diese Intervention hin zur Auflage gemacht<sup>180</sup>. Trotzdem mahnten die Rechtsparteien gegenüber den „Petscheks und Bat'as“ weiterhin „nationale(n) Wille(n) zur Selbstbehauptung“ an, wo Deutsche „unter das Joch tiefer stehender Völker“ gebeugt

<sup>176</sup> PA-IIb, Wirtschaft 14, Tschechoslowakei, Bd. 1, Wehrkreiskommando VII an Bayerisches Staatsministerium des Innern am 25. Mai 1926. Auszug aus dem Bericht der Regierung von Niederbayern, Kammer des Innern an das Staatsministerium des Innern vom 23. August 1926, in: Ebenda.

<sup>177</sup> Eine – auch aufgrund der immensen statistischen Probleme – unvollständige Übersicht über das tschechoslowakische Wirtschaftsengagement im Reich von Jiří Hejda in: Přítomnost vom 14. März 1929.

<sup>178</sup> Prager Presse vom 22. April 1930; Frankfurter Zeitung vom 22. April 1930; Dresdner Anzeiger vom 20. April 1930.

<sup>179</sup> BA-P, RMWi 2900, Kreishauptmannschaft Bautzen an Sächsische Staatskanzlei am 20. Februar 1931 (Abschrift). Ähnliche Befürchtungen bzgl. „Kolonienbildung“ in Bayern bereits in: BayHStA, Akten der Bayerischen Staatskanzlei (künftig MA) 100 837, Bayerisches Staatsministerium des Äußern an Bayerisches Staatsministerium des Innern am 9. Januar 1926.

<sup>180</sup> Deutsche Allgemeine Zeitung vom 6. September 1930; Wirtschafts-Nachrichten vom 8. September 1930; Vossische Zeitung vom 10. September 1930.



werden sollten<sup>181</sup>. Daß die Preußische Regierung, nachdem sie dem Kaufvertrag am 2. Oktober 1930 bereits zugestimmt hatte<sup>182</sup>, die Verhandlungen letztlich doch scheitern ließ, mag unter anderem mit dieser völkischen Agitation zu tun gehabt haben<sup>183</sup>; eine Rolle spielte aber auch das Bestreben der Behörden, die Einführung des Bat'a-Systems in Deutschland zu verhindern. Hierfür spricht, daß spezielle Kautelen ins Spiel gebracht wurden: So sollte – eine ungewöhnliche Regelung – für Streitigkeiten des tschechoslowakischen Unternehmers mit seinen Arbeitern in jedem Fall das höchste preußische Gericht, das Kammergericht in Berlin, zuständig sein<sup>184</sup>. Bat'a, der seinerseits zu sozialpolitischen Konzessionen nicht bereit war<sup>185</sup>, zog sich im Oktober 1930 unter einem Vorwand zurück.

Erfolgreich konnte hingegen der Erwerb des Guts Otmuth im Kreis Groß-Strehlitz (Oberschlesien) abgeschlossen werden, obwohl auch hier die deutsch-nationale Schlesische Zeitung vor dem „Eindringen“ der Tschechen gewarnt hatte, die sächsischen Behörden das Projekt wieder in den Kontext der Bestrebungen zur „Slawisierung“ des deutschen Ostens stellten und eine erneute Eingabe des Reichsverbands der deutschen Schuhindustrie Bat'a als einen „nach deutschen Rechts- und Sozialbegriffen“ nicht erwünschten Unternehmer diffamierte<sup>186</sup>. Da in diesem Fall allerdings nicht der preußische Fiskus als Verkäufer auftrat, waren rechtliche Handhaben nur schwer zu finden, so daß trotz der vom Reichsverband ins Feld geführten formaljuristischen Einwände gegen eine gewerbliche Nutzung des Geländes der zuständige Landrat dem Verkauf sein Placet geben mußte<sup>187</sup>. Bis November 1931 waren die Arbeiten an einer Stadt nach dem Vorbild von Zlín bereits weit fortgeschritten<sup>188</sup>. Der Störmanöver der Rechtspresse, allen voran des Völkischen Beobachters – der auch jetzt von der Unterstellung, Bat'a plane aus politischen Gründen die „Einschleusung“ tschechischer Arbeiter, nicht abließ –, wußte Bat'a sich mit juristischen Mitteln zu erwehren<sup>189</sup>.

<sup>181</sup> BA-K, R 43/I-151, Entschließung einer Versammlung der Konservativen Volkspartei in Dresden am 26. September 1930, am 26. September an Brüning übersandt.

<sup>182</sup> BA-K, R 43/I-152, Auszug aus dem Protokoll der Kabinettsitzung vom 2. Oktober 1930.

<sup>183</sup> Die Berliner Börsenzeitung vom 11. Oktober 1930 etwa machte die „Entrüstung der Öffentlichkeit“ als Hauptgrund aus.

<sup>184</sup> BA-P, RMWi 2900, Mitteilung des Reichsverbands der deutschen Schuhindustrie an den Regierungspräsidenten in Oppeln am 15. Januar 1931.

<sup>185</sup> So die Sicht der Motive Bat'a's in der Vossischen Zeitung vom 11. Oktober 1930.

<sup>186</sup> Schlesische Zeitung vom 27. November 1930; Reichsverband der deutschen Schuhindustrie an den Regierungspräsidenten in Oppeln am 15. Januar 1931 und Kreishauptmannschaft Bautzen an Sächsische Staatskanzlei am 20. Februar 1931 (Abschrift), in: BA-P, RMWi 2900.

<sup>187</sup> BA-P, RMWi 2900, Reichsverband der deutschen Schuhindustrie an den Regierungspräsidenten in Oppeln am 15. und 24. Januar 1931.

<sup>188</sup> Neue Breslauer Zeitung vom 11. November 1931.

<sup>189</sup> So wurde der Völkische Beobachter zum Abdruck einer Gegendarstellung gezwungen: Bat'a lägen (national-)politische Fragen völlig fern, für ihn zähle einzig das Leistungsprinzip; vgl. Völkischer Beobachter vom 10. November 1931.

## V.

Ebenso wie der Boykott im Anschluß an die Prager Krawalle war auch der Fall Baťa letztlich ein Indikator für die Zerrüttung der bilateralen Handelsbeziehungen in der Krise. Während der Anteil der Importe der ČSR aus dem Reich an der tschechoslowakischen Gesamteinfuhr sich von 1928 bis 1930 auf ungefähr derselben Höhe hielt (1928: 25 Prozent, 1929: 25 Prozent, 1930: 23,3 Prozent), sank im selben Zeitraum der Anteil der Exporte der ČSR nach Deutschland an ihrer Gesamtausfuhr deutlich (1928: 22, 1929: 19,4, 1930: 15,4 Prozent). Das Passivum der tschechoslowakischen Handelsbilanz gegenüber dem Reich stieg von 74 Mill. (1928) auf 1030 (1929) bzw. 899 Mill. Kronen (1930)<sup>190</sup>. 1931 spitzten sich, als in der Endphase der Weimarer Republik im Reich der Autarkie-Gedanke deutlich Boden gewann, die Gegensätze weiter zu<sup>191</sup>. Die Klagen der deutschen Landwirtschaft in der ČSR über die reichsdeutsche Propaganda gegen Hopfenimporte, den Prohibitivzoll und den Verwendungszwang rissen auch 1931 nicht ab<sup>192</sup>. Mit Hinweis auf die deutschen Zollerhöhungen und das wachsende Passivum der ČSR erklärte die tschechoslowakische Regierung im September, man habe, weil man „eine gewaltsame Hemmung der Handelsbeziehungen“ mit dem Nachbarn an sich nicht wünsche, bisher auf Retorsionsmaßnahmen zwar verzichtet, könne und wolle dem Druck der einheimischen Wirtschaft nun jedoch nicht mehr widerstehen. Wie sehr der Boykott doch die Atmosphäre getrübt hatte, wurde daran deutlich, daß Prag dem Reich zusätzlich zu seiner als unfreundlich empfundenen offiziellen Handelspolitik nun auch die Kampagnen der vergangenen Jahre auf die Rechnung setzte<sup>193</sup>. Zeigte sich in Berlin Chvalkovský auch besorgt über die nachdrückliche Haltung seiner Regierung<sup>194</sup>, regte auf deutscher Seite der handelspolitische Ausschuß auch an, die Tschechoslowaken zu beruhigen und Möglichkeiten des Entgegenkommens zu prüfen<sup>195</sup>, so blieben die Agrarzölle doch nach wie vor der wichtigste Streitpunkt in den bilateralen Wirtschaftsbeziehungen. Anfang 1932 nahm die ČSR endgültig zu dem in der Weltwirtschaftskrise generell mehr und mehr angewandten handelspolitischen Instrumentarium Zuflucht: Für eine große Anzahl von Erzeugnissen wies die Nationalbank Devisen nun erst nach der Bewilligung durch

<sup>190</sup> PA, Gesandtschaft Prag I/4 a, Bd. 2, Bericht der Gesandtschaft Prag vom Januar 1931 (ohne Tag), Anlage „Wirtschaftliche Fragen“.

<sup>191</sup> Doering, Dörte, *Deutsche Außenwirtschaftspolitik 1933–1935*, Berlin 1969, S. 31 ff.

<sup>192</sup> AFMZV, sekce IV, kr. 551, Deutscher Land- und Forstwirtschaftlicher Zentralverband für Böhmen an Außenministerium Prag am 1. Juli 1931.

<sup>193</sup> PA-II, Handel 13, Tschechoslowakei, Bd. 13, Aktenvermerk Auswärtiges Amt, Köpke, vom 8. September 1931, mit der vom Gesandten Chvalkovský am 8. September 1931 im Auswärtigen Amt überreichten „Aufzeichnung“ (undat.).

<sup>194</sup> Chvalkovský gab am 8. September 1931 im Auswärtigen Amt vertraulich zu verstehen, er habe die Fassung der Prager Weisung stark gemildert, in: Ebenda, Aktenvermerk Auswärtiges Amt, Köpke, vom 8. September 1931.

<sup>195</sup> Protokoll der Sitzung des Handelspolitischen Ausschusses vom 14. September 1931, in: Ebenda.

eine beim Finanzministerium ressortierende Kommission an<sup>196</sup>. Einige besonders betroffene Branchen der deutschen Wirtschaft klagten, solche Bewilligungen würden in keinem Fall erteilt; faktisch sei ein Einfuhrverbot verhängt worden<sup>197</sup>.

Die Außenwirtschaftspolitik des nationalsozialistischen Regimes setzte die autarkistische Linie der letzten Weimarer Jahre prononciert fort<sup>198</sup>; die Aufrichtung von Handelshemmnissen war nun jedoch nicht mehr krisenbedingte Defensivmaßnahme, sondern stand im Dienst der Ausrichtung des deutschen Handels an den Erfordernissen der Aufrüstung. Daß nach der Machtergreifung das Reich in der Frage des tschechoslowakischen Handelsbilanzpassivums zu Konzessionen weniger denn je bereit war, führte in der Folge zu weiteren Beeinträchtigungen des Handelsverkehrs durch Retorsionsmaßnahmen „Zug um Zug“<sup>199</sup>. Typisch für die unduldsame Note der deutschen Politik – die nun auch nicht länger auf die Belange der deutschen Minderheit in der ČSR Rücksicht zu nehmen gewillt war – war etwa der Vorschlag der Abteilung Süd-Ost des Außenpolitischen Amtes der NSDAP vom 27. Oktober 1934, man solle „auf wirtschaftlichem Gebiet den Tschechen durchaus die kalte Schulter zeigen und alle Handelsvertragsverhandlungen dilatorisch behandeln, selbst dann, wenn es ohne eine vorübergehende Schädigung der sudetendeutschen Industrie nicht geht“<sup>200</sup>. Hatte in der Weimarer Zeit die politische Rhetorik des Boykotts dessen eigentliche, ökonomische Beweggründe nur notdürftig verhüllen können, so wurde mit dem Klimasturz nach der Machtergreifung das wachsende Gewicht genuin politischer Motive zum charakteristischen Einschlag der Wirtschaftsbeziehungen. Im Reich hatte eine Woge chauvinistischer Hysterie die Abkehr von ausländischen Waren zur Folge; zusätzlich war es nun aber auch die Einschüchterung durch das Regime, der „Boykott von Staats wegen“, der deutsche Abnehmer vom Einkauf im Ausland Abstand nehmen ließ; betroffen waren davon auch tschechoslowakische Produkte<sup>201</sup>. Der sinkende Absatz des Pilsner 1933 war zwar nach wie vor auch auf die Zollbelastung und die krisenbedingte Schmälerung

<sup>196</sup> Zu den Vorbereitungen vgl. SÚA, Předsednictvo ministerské rady (Präsidium des Ministerrates, künftig PMR), kr. 2810, Auszug aus dem Protokoll der Ministerratssitzung vom 27. Mai 1932. Zu den Modalitäten vgl. PA-IIb, Handel 11, Tschechoslowakei, Bd. 3, Reichswirtschaftsministerium an Auswärtiges Amt am 11. Februar 1932. Zum Hintergrund vgl. Doering, Außenwirtschaftspolitik, S. 23 ff.

<sup>197</sup> Über ein de facto-Einfuhrverbot klagte z. B. die papierverarbeitende Industrie, in: BA-K, R 2-10 243, Außenhandelsverband der papierverarbeitenden Industrie an Reichsfinanzministerium am 18. Februar 1932.

<sup>198</sup> Doering, Außenwirtschaftspolitik, S. 34 ff.

<sup>199</sup> Übersicht in: AFMZV, sekce IV, kr. 675, Memorandum des Außenministeriums Prag, ohne Verf., ca. Ende 1933.

<sup>200</sup> Wiedergegeben in Schumann, Wolfgang/Nestler, Ludwig (Hrsg.), Weltherrschaft im Visier, Berlin 1975, S. 234 ff., bes. S. 238.

<sup>201</sup> So die Beobachtung der Handels- und Gewerbekammer Reichenberg; vgl. SÚA, Ústředna obchodní a živnostenských komor (Zentrale der Handels- und Gewerbekammern, künftig ÚOŽK), kr. 226, Handels- und Gewerbekammer Reichenberg an die Zentrale der Tschechoslowakischen Handels- und Gewerbekammern am 21. Oktober 1933.

der Massenkauflkraft zurückzuführen, eine Rolle spielte nun aber ebenso der mancherorts unter Leitung der „Partei“ durchgeführte offene Boykott, gegen den die Intervention der diplomatischen Vertretungen wirkungslos blieb. Ein direktes Ausschankverbot konnte das Kölner Konsulat zwar nur in einigen wenigen Städten beobachten, im Zuge der „nationalen Erhebung“ entfaltete aber auch die Unterstellung des „mangelnden Patriotismus“ eine bislang ungekannte Durchschlagskraft<sup>202</sup>. Einem Bericht des Kölner Konsulats vom Juli 1933 zufolge hing der Rückgang des Absatzes tschechoslowakischer Waren zudem mit dem Boykott jüdischer Importeure und der Zensur des Briefverkehrs deutscher Firmen mit dem Ausland zusammen<sup>203</sup>.

In tschechoslowakischen Wirtschaftskreisen, nicht zufällig in erster Linie wieder in den Handelskammern des Sudetengebietes, wurden in der Frage des Gegenboykotts zwar nach wie vor warnende und abwiegelnde Stimmen laut: Es sei, so die Reichenberger Kammer im Oktober 1933, „in einer Zeit der allgemeinen Einschränkung des Auslandsgeschäftes nicht ratsam, ja direkt gefährlich, gegenüber einem Nachbarstaate, der in der tschechoslowakischen Außenhandelsstatistik sowohl als Lieferant als auch als Abnehmer an erster Stelle steht, irgendwelche Boykottmaßnahmen (...) zu ergreifen“. Es habe keinen Sinn, „rein wirtschaftliche und währungspolitische Maßnahmen als Boykott aufzufassen und mit denselben Vorkehrungen zu beantworten, weil man dadurch nur immer weiter in ein gegenseitiges Absperren hineingerät“<sup>204</sup>. Daß der frühere Generalsekretär des Deutschen Hauptverbandes der Industrie in der ČSR und jetzige Vertreter deutscher Interessen im „Svaz“, Kislinger, den Deutschen Industrie- und Handelstag im März 1933 um die Versicherung bat, entgegen der in der ČSR weit verbreiteten Meinung seien die Maßnahmen des Reichs aus ökonomischen Beweggründen erklärbar und hätten mit „Politik“ nichts zu tun<sup>205</sup>, hinderte letztlich aber nicht, daß nun auch die ČSR den Wirtschaftskampf gegen das Reich verstärkte. Auch hier war ein wesentlicher Anstoß nun politischer Natur: Der Aufstieg des Nationalsozialismus war im Nachbarland mit aufmerksamen Augen verfolgt worden und hatte in breiten Kreisen der Öffentlichkeit Unruhe ausgelöst. In eins mit dem Bewußtsein der von außen drohenden Gefahr ging das Mißtrauen gegen die deutsche Minderheit im eigenen Lande, die verdächtigt wurde, „fünfte Kolonne des Reiches“ zu sein<sup>206</sup>. Im August 1933 konstatierte die Prager Gesandtschaft bei der Erteilung von Einfuhrerlaubnissen und der Zuteilung von Devisen politische „Voreingenommenheit“; seit der „nationalen Erhebung“ sei es „geradezu Ehrensache geworden, sich antideutsch

<sup>202</sup> AFMZV, sekce IV, kr. 675, Konsulat Köln an Außenministerium Prag am 15. Dezember 1933. PA-IIb, Handel 11, Tschechoslowakei, Bd. 3, Bericht des Konsulats Köln vom 26. Juli 1933.

<sup>203</sup> PA-IIb, Ebenda.

<sup>204</sup> SÚA, ÚOŽK, kr. 226, Handels- und Gewerbekammer Reichenberg an die Zentrale der Handels- und Gewerbekammern am 21. Oktober 1933.

<sup>205</sup> PA-IIb, Handel 11, Tschechoslowakei, Bd. 3, Kislinger an den Deutschen Industrie- und Handelstag am 6. März 1933 (Abschrift).

<sup>206</sup> Jaworski, Vorposten, S. 160 ff.

zu betätigen“. In der „Brüskierung“ deutscher Handelsvertreter und dem rapiden Rückgang des Messebesuchs im Reich äußerte sich eine Abkehr von deutschen Waren, die vom Gros der nationaltschechischen Parteien, durchaus aber auch von den deutschen Sozialdemokraten und den Christlich-Sozialen unterstützt werde. In der Tschechoslowakei sei man hier „fanatischer“ als etwa in den Niederlanden oder den nordischen Staaten<sup>207</sup>. Besonders in der Slowakei und in der Karpatho-Ukraine, wo jüdische Unternehmer und Geschäftsleute im Wirtschaftsleben eine prominente Rolle spielten, führte die Solidarität mit den verfolgten Glaubensgenossen im Reich zusätzlich zur Ablehnung deutscher Waren; auch der 1933 in Prag tagende Zionisten-Kongreß stand unter der Boykott-Parole<sup>208</sup>.

Der bilaterale Handel, der im Zeichen der Krise stark zurückgegangen war, nahm in den dreißiger Jahren nur mühsam wieder zu; am Vorabend des Zweiten Weltkriegs bewegte er sich noch unterhalb des Niveaus zu Beginn der Krise Ende der zwanziger Jahre. Rangierte Deutschland im In- wie im Export der ČSR auch nach wie vor an erster Stelle, so kamen 1937 nur mehr 15,5 Prozent der tschechoslowakischen Einfuhr aus dem Reich, gegenüber 25 Prozent im Jahr 1929; die Zahlen für die Ausfuhr der Tschechoslowakei nach Deutschland lauteten 19,4 und 13,7 Prozent respektive<sup>209</sup>.

Die ČSR biete sich, dies war das Fazit des zitierten Gesandtschaftsberichts vom August 1933 gewesen, „wie schon seit Jahren auf politischem Gebiete, nunmehr auch wirtschaftlich als selten geschlossenes Widerstandszentrum gegen Deutschland dar“<sup>210</sup>. Verkannt wurde damit allerdings, daß, trotz aller politischen Irritationen, die tschechoslowakische Regierung gedeihliche Wirtschaftsbeziehungen zum Reich nach wie vor an sich zu schätzen gewußt hätte. Ebenso sehr war man sich in Prag jedoch darüber im klaren, daß angesichts der deutschen Intransigenz jeder einseitige Abbau der Handelsbarrieren selbstmörderisch gewesen wäre<sup>211</sup>.

<sup>207</sup> PA, Gesandtschaft Prag I/4a, Bd. 2, Bericht der Gesandtschaft Prag vom 25. August 1933.

<sup>208</sup> Konsulat Preßburg an Auswärtiges Amt am 23. und 30. August 1933 sowie Gesandtschaft Prag an Auswärtiges Amt am 25. August 1933, in: Ebenda.

<sup>209</sup> BA-K, R 13/I-614, Bericht der Reichs-Kredit-Gesellschaft (undat.) über die Wirtschaftslage der „Tschecho-Slowakei“ Mitte 1938.

<sup>210</sup> PA, Gesandtschaft Prag I/4a, Bd. 2, Bericht der Gesandtschaft Prag vom 25. August 1933.

<sup>211</sup> AFMZV, sekce IV, kr. 675, Memorandum des Außenministeriums Prag, ohne Verf., ca. Ende 1933.